

Einladung

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 23.05.2006, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Dorfkrug Delfshausen, Delfshauser Str. 141, 26180 Rastede

Rastede, den 11.05.2006

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | |
|--------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.02.2006 |
| TOP 4 | 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 47 - Gewerbegebiet Leuchtenburg
Vorlage: 2006/070 Berichterstatter: Herr Duddeck |
| TOP 5 | 33. Flächennutzungsplanänderung - Wohnbauflächen Hankhausen
Vorlage: 2006/068 Berichterstatter: Herr Duddeck |
| TOP 6 | Bebauungsplan Nr. 79 A - Südlich Schlosspark
Vorlage: 2006/066 Berichterstatter: Herr Duddeck |
| TOP 7 | Bebauungsplan Nr. 79 A - Südlich Schlosspark; Vergabe der Straßennamen
Vorlage: 2006/051A Berichterstatter: Herr Duddeck |
| TOP 8 | Haushalt 2005 - Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: 2006/028 Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 9 | Berufung von Feuerwehrkräften in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2006/052 Berichterstatter: Bürgermeister Decker |

- | | | |
|---------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------|
| TOP 10 | Erlass einer Verordnung über die Freigabe eines verkaufsoffenen Sonntags nach dem Ladenschlussgesetz
Vorlage: 2006/087 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 11 | Bericht des Bürgermeisters | |
| TOP 12 | Schließung der Sitzung | |

Anmerkung: Nach der öffentlichen Ratssitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt, in der die Bürgerinnen und Bürger allgemeine Anfragen an den Ratsvorsitzenden stellen können.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2006/070

freigegeben am 25.03.2006

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

Datum: 10.04.2006

3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 47 - Gewerbegebiet Leuchtenburg

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.04.2006	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	25.04.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	23.05.2006	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage, sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 24.04.2006 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 3. Änderung des Bebauungsplanes 47 – Gewerbegebiet Leuchtenburg nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 21.02.2006 (Beschlussvorlagen Nr. 2006/002) ist die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer zweiwöchigen öffentlichen Auslegung durchgeführt worden. Außerdem hat auch Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange bis zum 07.04.2006 stattgefunden. Wesentliche Anregungen oder Bedenken wurden nicht vorgebracht.

Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage 1 beigelegt.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach gegeben.

Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffent- lichkeits-/ Behörden- beteiligung	Öffentliche Ausle- gung/ Behörden- Beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 21.11.05 VA 29.11.05	03.12.05- 23.12.05	07.03.06.-07.04.06	Ratssitzung am 23.05.2005

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung
3. Planzeichenerklärung
4. Textliche Festsetzungen und Hinweise

GEMEINDE RASTEDE

Landkreis Ammerland

Bebauungsplan Nr. 47

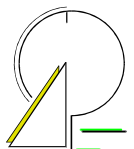
3. Änderung

„Gewerbegebiet Leuchtenburg“

öffentliche Auslegung
(§ 3 (2) BauGB)

ABWÄGUNGSVORSCHLÄGE

10.04.2006



Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden keine Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften Oldenburg
Amt für Landentwicklung
Markt 15/16
26122 Oldenburg
2. ExxonMobil Production
Deutschland GmbH
Riethorst 12
30659 Hannover
3. Oldenburgische Industrie- und Handelskammer
Moslestraße 6
26122 Oldenburg

Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Landkreis Ammerland
Amt für Kreisentwicklung
Ammerlandallee 12
26655 Westerstede
2. Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband
Georgstraße 4
26919 Brake
3. EWE Aktiengesellschaft
Netzregion Oldenburg/Varel
Zum Stadtpark 2
26655 Westerstede
4. Moorriem-Ohmsteder Sielacht
Franz-Schubert-Straße 31
26919 Brake
5. Niedersächsische Landesbehörde
für Straßenbau und Verkehr
Kaiserstraße 27
26122 Oldenburg

Anregungen	Abwägungsvorschläge
Landkreis Ammerland Amt für Kreisentwicklung Ammerlandallee 12 26655 Westerstede	
<p>Die in meiner Stellungnahme vom 05.01.2006 vorgebrachten Anregungen und Bedenken haben weiterhin Gültigkeit. Ich verweise auf diese Stellungnahme und habe unter den dort aufgeführten Voraussetzungen keine Bedenken gegen die o. g. Planung.</p> <p>Stellungnahme vom 05.01.2006 <i>Meine Untere Naturschutzbehörde bittet zur Kompensation der nach dem Bebauungsplan Nr. 47 noch anzulegenden Wallhecke im Wallheckenprogramm des Landkreises Ammerland einen entsprechenden Antrag zu stellen und zum Nachweis der fehlenden Kompensationswerteinheiten im Flächenpool „Loyermoor“ eine aktuelle Übersicht über das Ökokonto der Gemeinde Rastede zu übersenden.</i></p> <p><i>Meine Untere Straßenverkehrsbehörde hat zwar keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Änderung des Bebauungsplanes, gibt jedoch zu bedenken, dass das Rückwärtsausfahren aus einer Parklücke in den fließenden Verkehr stets eine Gefahrenquelle darstellt und empfiehlt daher zur Vermeidung von Gefahrensituationen, die Parkplätze parallel zur Fahrbahn anzuordnen.</i></p> <p><i>Meine Bauaufsichtsbehörde empfiehlt, die Parkplatztiefen zu vermaßen.</i></p> <p><i>Dies vorausgesetzt, bestehen gegen die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 47 keine Bedenken, sie wird aus Sicht der Wirtschaftsförderung sogar begrüßt. Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung gem. § 2 Absatz 4 BauGB habe ich keine weiteren Hinweise.</i></p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Inhalte der Abwägungsvorschläge, die im Rahmen der Stellungnahme vom 05.01.2006 (Verfahren gem. § 4 (1) BauGB) formuliert worden, behalten weiterhin Bestand. Diese werden im Folgenden nachrichtlich aufgeführt:</p> <p><i>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag für die Anlage einer Wallhecke im Rahmen des Wallheckenprogrammes des Landkreises Ammerland wird von der Gemeinde Rastede gestellt werden. Vor Ablauf des Verfahrens wird zudem eine Übersicht über die Kompensationswerteinheiten des Flächenpools der Gemeinde übersendet.</i></p> <p><i>Der Hinweis der Straßenverkehrsbehörde wird zur Kenntnis genommen. Die Straße „An der Brücke“ dient der inneren Erschließung des vorhandenen Gewerbegebietes und ist nicht mit weiterem Durchgangsverkehr belastet. Auf Grund der geringen Frequentierung wird keine unzumutbare Gefährdung des Straßenverkehrs und auch des Parkverkehrs durch rückwärts ausparkende Kraftfahrzeuge erwartet. Die Anordnung von Stellplätzen parallel zur Fahrbahn würde die durch die Planänderung zur Verfügung stehenden Flächen nicht optimal ausnutzen. Dem Planungsziel eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden und der Bereitstellung ausreichender Stellplatzflächen für die hier angesiedelten Gewerbebetriebe würde hierdurch nicht entsprochen.</i></p> <p><i>Die Grenzen der festgesetzten Parkplatzflächen ergeben sich aus der vor Ort eingemessenen Wallhecke, die dem Schutz gem. § 33 NNatG unterliegt und dem hieran anschließenden Schutzstreifen von 5,00 m. Auf Grund der hieraus entstehenden, unregelmäßigen Größen der Parkplatzflächen ist eine durchgehende Vermaßung nicht möglich.</i></p> <p><i>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</i></p>

Anregungen		Abwägungsvorschläge
Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband Georgstraße 4 26919 Brake		
<p>Wie aus dem anliegenden Plan ersichtlich, befinden sich Versorgungsleitungen in dem oben genannten Bereich.</p> <p>Bei der Maßnahme ist auf unsere Versorgungsanlagen Rücksicht zu nehmen. Versorgungsleitungen dürfen – außer in den Kreuzungsbereichen – nicht mit einer geschlossenen Fahrbahndecke überbaut werden. Die Vorschriften des DVGW Arbeitsblattes W 400-1 und der DIN 1998 sind zu beachten.</p> <p>Evtl. Sicherungs- und Umlegungsarbeiten können nur zu Lasten des Veranlassers oder nach den Kostenregelungen bestehender Verträge durchgeführt werden. Sofern sichergestellt ist, dass durch die geplante Änderung die Versorgungsanlagen des OOWV weder freigelegt, überbaut, bepflanzt, noch sonst in ihrer Funktion gestört werden, haben wir gegen die o. g. Maßnahme keine Bedenken.</p> <p>Die Einzeichnung der vorhandenen Versorgungsleitungen in dem anliegenden Plan ist unmaßstäblich. Die genaue Lage gibt Ihnen Dienststellenleiter Kaper von unserer Betriebsstelle in Westerstede, Tel. 04488/845211, in der Örtlichkeit an. Nach endgültiger Planfassung und Beschluss als Satzung wird um eine Ausfertigung eines genehmigten Bebauungsplanes gebeten.</p>		<p>Der Hinweis des OOWV wird zur Kenntnis genommen. Die Leitungstrassen befinden sich mit Ausnahme der direkten Hausanschlüsse innerhalb der in der Bebauungsplanänderung festgesetzten Verkehrsflächen. Die Sicherung der Versorgungsleitungen erfolgt im Rahmen der Ausführungsplanung. Die Kostenregelung ist nicht Inhalt der Bauleitplanung.</p>
EWE Aktiengesellschaft Netzregion Oldenburg/Varel Zum Stadtpark 2 26655 Westerstede		
<p>Vielen Dank für die Zusendung der o. g. Unterlagen. Gegen das Vorhaben bestehen unsererseits grundsätzlich keine Bedenken. Die Versorgung mit Erdgas und Elektrizität kann sichergestellt werden. Wir weisen jedoch darauf hin, dass unsere Trafostation jederzeit für Unterhaltungsarbeiten erreichbar sein muss.</p>		<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Erreichbarkeit der angesprochenen technischen Einrichtungen innerhalb der Parkplatzflächen wird im Rahmen der Ausführungsplanung gewährleistet.</p>
Moorriem-Ohmsteder Sielacht Franz-Schubert-Straße 31 26919 Brake		

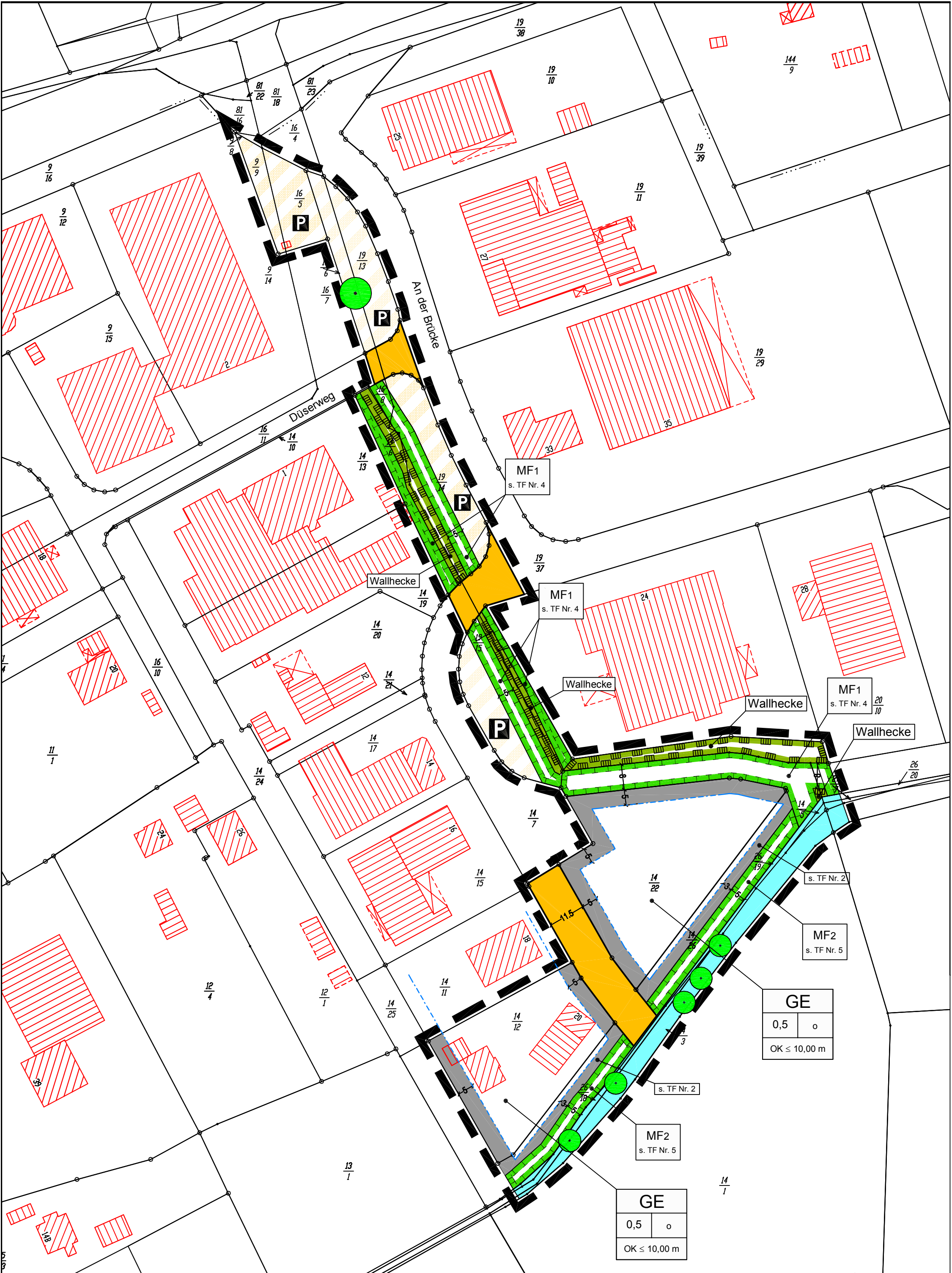
Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Die Moorriem-Ohmsteder Sielacht ist von der 3. Änderung des B-Planes Nr. 47 – Gewerbegebiet Leuchtenburg – nicht direkt betroffen.</p> <p>Die für eine Ersatzmaßnahme im Flächenpool der Gemeinde Rastede befindliche Fläche im Ipwegermoor befindet sich jedoch im Verbandsgebiet der Moorriem-Ohmsteder Sielacht. Durch diesen Flächenpool verläuft das Verbandsgewässer Nr. 77.</p> <p>Da im Bebauungsplan keine Angaben zu der Umsetzung der Werteinheiten gemacht wurden, kann die Moorriem-Ohmsteder Sielacht diesbezüglich keine Stellungnahme abgeben. Die Interessen des Verbandes müssen jedoch gewahrt bleiben. Bei der Ausführung von Maßnahmen im Ipwegermoor ist die Moorriem-Ohmsteder Sielacht rechtzeitig zu beteiligen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der externe Kompensationsbedarf für die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 47 wird über die Anrechnung von Werteinheiten im Flächenpool Ipweger Moor gesichert, eine konkrete Flächenzuordnung erfolgt hierbei nicht. Die Berücksichtigung der Verbandsgewässer erfolgt im Rahmen der dort durchgeführten Maßnahmen.</p>
<p>Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Kaiserstraße 27 26122 Oldenburg</p>	
<p>Gegen die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 47 bestehen seitens der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg keine Bedenken. Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen der gültigen Bauleitplanung einschließlich Begründung.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Gemeinde Rastede

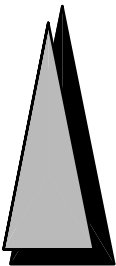
Bebauungsplan Nr. 47 - 3. Änderung

"Gewerbegebiet Leuchtenburg"

Vorlagen-Nr. 2006/070 - Anlage 2



Katasteramt Westerstede									
Planunterlage									
Gemeinde Rastede, Gewerbegebiet Leuchtenburg									
- Bereich: An der Brücke, Düsenweg									
Verwendungsbereich						Maßstab 1: 1000			
Gemeinde Rastede, Flur 45						GLL Oldenburg			
Feldvergleich u.		21.10.2005	Braun	Datum		Name		Katasteramt Westerstede	
Top.- Aufnahme		24.10.2005	Braun	Bearb.	24.11.2005	Renken		Ers. d.:	
Einmessung Top.		08.11.2005	Hots	Gepr.				Wilhelm-Geiler-Straße 11	
u.Bauw.			Schimanski	Norm				26655 Westerstede	
Einmessung Top.		10.11.2005	Hots					Tel.: 04488 - 836 300 Fax: 04488 - 836 303	
u.Bauw.			Braun					Blatt	
				Projekt: 62910					
Zust.		Änderung	Datum	Name	Urspr.	L 4 - 121/2005	Ers. f.: Diekmann & Mosebach		Renken Tel.:04488 836-344



M 1 : 1000

Planzeichenerklärung

Vorlagen-Nr. 2006/070 - Anlage 3

1. Art der baulichen Nutzung



Gewerbegebiet (GE)

2. Maß der baulichen Nutzung

0,5 Grundflächenzahl (GR) z. B. 0,5

$OK \leq 10,00 \text{ m}$ maximal zulässige Höhe baulicher Anlagen $\leq 10,00 \text{ m}$
(Bezugspunkte siehe textliche Festsetzung Nr. 3)

3. Bauweise, Baugrenzen

o offene Bauweise

----- Baugrenze

4. Verkehrsflächen

———— Straßenbegrenzungslinie



Straßenverkehrsfläche



Verkehrsfläche besonderer weckbestimmung: "Parkplatz"

5. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses



Wasserflächen, hier: Rasteder Bäke (Wasserzug Nr. 36)

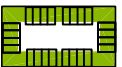
6. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft



Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

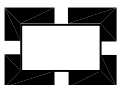


Erhalt von Einzelbäumen



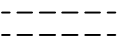
Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts
hier: geschützte Wallhecke gem. § 33 NNatG

7. Sonstige Planzeichen



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Bebauungsplanänderung

8. Nachrichtlicher Hinweis



Unterhaltungsweg des Entwässerungsverbandes

1. Innerhalb der festgesetzten Gewerbegebiete (GE) gem. § 8 BauNVO sind Garagen und Nebenanlagen in Form von Gebäuden gem. §§ 12 (6) und 14 (1) BauNVO ausschließlich innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
2. Innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksfläche sind gem. § 14 (1) BauNVO entlang des Wasserzuges (Rasteder Bäke Wzg. Nr. 36) Einfriedungen bis zu einer Höhe von maximal 1,00 m zulässig.
3. Innerhalb des Geltungsbereiches der Bebauungsplanänderung gelten für bauliche Anlagen folgende Höhenbezugspunkte (§ 18 (1) BauNVO):

Oberer Bezugspunkt: Gebäudeoberkante

Unterer Bezugspunkt: Straßenoberkante (Fahrbahnmitte) der nächstgelegenen öffentlichen Erschließungsstraße

Die festgesetzte, maximal zulässige Gebäudehöhe gilt nicht für untergeordnete Bauteile i. S. des Landesrechts sowie für technische Anlagen des Emissionsschutzes.

4. Innerhalb der mit MF1 gekennzeichneten Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB sind entlang der vorhandenen Wallhecken begleitende Krautsäume zu entwickeln. Innerhalb dieser Flächen sind Bodenaufschüttungen und -abgrabungen, Boden- und Materialablagerungen sowie Flächenversiegelungen jeglicher Art unzulässig.
5. Innerhalb der mit MF2 gekennzeichneten Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB ist entlang des Wasserzuges (Rasteder Bäke Wzg. Nr. 36) ein begleitender Krautsaum zu entwickeln; es sind ergänzende Baumpflanzungen im Uferbereich vorzunehmen.
6. Die innerhalb des Geltungsbereiches gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB festgesetzten Einzelbäume sind auf Dauer zu erhalten und zu pflegen. Bei Abgang oder der Beseitigung auf Grund einer Befreiung ist eine entsprechende Ersatzpflanzung vorzunehmen. Während der Erschließungsarbeiten sind Schutzmaßnahmen gem. RAS-LP 4 und DIN 18920 vorzusehen.

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

1. Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 47 "Gewerbegebiet Leuchtenburg" befinden sich gem. § 33 NNatG geschützte Wallhecken.

NACHRICHTLICHE HINWEISE

1. Mit der Bekanntmachung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 47 "Gewerbegebiet Leuchtenburg" werden die Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 47 für den Geltungsbereich der 3. Änderung außer Kraft gesetzt.
2. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind dieses gem. § 14 (1) des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises sowie dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege-Referat Archäologie-Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15 26121 Oldenburg unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 (2) des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.
3. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen zutage treten, so ist unverzüglich die untere Bodenschutzbehörde des Landkreises Ammerland zu benachrichtigen.
4. Es ist die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO 1990) anzuwenden.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2006/068**

freigegeben am 25.03.2006

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

Datum: 10.04.2006**33. Flächennutzungsplanänderung - Wohnbauflächen Hankhausen****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.04.2006	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	25.04.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	23.05.2006	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 24.04.2006 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 33. Änderung des Flächennutzungsplanes - Wohnbaufläche Hankhausen nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 21.02.2006 (Beschlussvorlagen Nr. 2006/017) ist die Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer 1-monatigen öffentlichen Auslegung bis zum 18.04.2006 durchgeführt worden. Diese Frist musste aufgrund eines Druckfehlers der NWZ um zwei Wochen verlängert werden. Sollten bis zur Sitzung noch Anregungen eingehen, wird eine Tischvorlage erstellt.

Außerdem hat auch eine Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange stattgefunden. Wesentliche Anregungen oder Bedenken wurden nicht vorgebracht.

Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage 1 beigelegt.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Nunmehr kann der Feststellungsbeschluss gefasst werden.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffent- lichkeits-/ Behörden- beteiligung	Öffentliche Ausle- gung/ Behörden- beteiligung	Feststellungsbe- schluss
BauPlUmStA 21.11.05 VA 29.11.05	06.12.05- 06.01.06	14.02.05.-28.04.05	Ratssitzung am 23.05.2005

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung mit Planzeichenerklärung

**Gemeinde Rastede****33. Änderung des Flächennutzungsplanes****Abwägung der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und der parallel durchgeführten
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange**

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
1	Landwirtschaftskammer Niedersachsen Am Röttgen 60 26655 Westerstede 29.03.2006	Zur o. g. Bauleitplanung haben wir bereits mit Schreiben vom 19.01.2006 Stellung genommen. Bezug nehmend auf unsere vorgenannte Stellungnahme bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken gegen die oben genannte Planung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
2	EWE Aktiengesellschaft Netzregion Oldenburg/Varel Zum Stadtpark 2 26655 Westerstede 10.03.2006	Vielen Dank für die Zusendung der o. g. Unterlagen. Gegen das Vorhaben bestehen unsererseits grundsätzlich keine Bedenken. Die Versorgung mit Erdgas und Elektrizität kann sichergestellt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
3	OOWV Georgstraße 4 26919 Brake 20.03.2006	Wir nehmen zu dem o. g. Vorhaben wie folgt Stellung: Wir haben von der o. g. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Rastede Kenntnis genommen. Sobald sichergestellt ist, dass durch die geplante Änderung die Versorgungsanlagen des OOWV weder freigelegt, überbaut, bepflanzt noch sonst in ihrer Funktion gestört werden, haben wir gegen die o. g. Maßnahme keine Bedenken. Inwieweit das vorhandene Versorgungsnetz einer Erweiterung bedarf, bleibt vorbehalten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die vorhandenen Hauptversorgungsleitungen werden in den Planteil des Bebauungsplanes eingetragen und im Rahmen der Ausbauplanungen berücksichtigt. In die Begründung zum Flächennutzungsplan wird ein Hinweis auf die Leitungen aufgenommen.



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung OOWV	<p>Evtl. Sicherungs- bzw. Umlegungsarbeiten können nur zu Lasten des Veranlassers oder nach den Kostenregelungen bestehender Verträge durchgeführt werden.</p> <p>Die Einzeichnungen der vorhandenen Versorgungsleitungen in dem anliegenden Plan sind unmaßstäblich. Die genauen Lagen gibt Ihnen Dienststellenleiter Herr Kaper von unserer Betriebsstelle in Westerstede, Telefon 04488/845211, in der Örtlichkeit an.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
4	NLWKN Brake-Oldenburg Heinestraße 1 26919 Brake 28.03.2006	<p>Innerhalb der Planungsfläche befindet sich unsere Grundwassermessstelle WHV029 mit den Koordinaten 3447250 (Rechtswert) und 5900150 (Hochwert). Die Messstelle gehört zum Messnetz des Gewässerkundlichen Landesdienstes des Landes Niedersachsen.</p> <p>Bitte berücksichtigen Sie, dass die Messstelle nicht überbaut wird.</p> <p>Für weitere Fragen stehe ich gern zur Verfügung.</p>	Ein Hinweis auf die Meßstelle wird in die Begründung des Flächennutzungsplanes aufgenommen. Der Planteil wird nicht geändert.
5	Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg 05.04.2006	<p>Gegen die geplante 33. Flächennutzungsplanänderung bestehen seitens der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr „Geschäftsbereich Oldenburg, keine Bedenken, wenn Folgendes beachtet wird:</p> <p>Für den Bebauungsplan Nr. 79 und die 33. Flächennutzungsplanänderung sind zwar eine Verkehrsuntersuchung und eine umfangreiche schalltechnische Untersuchung durchgeführt worden, die Auswirkungen durch den zu erwartenden Verkehr innerhalb des Untersuchungsgebietes sind darin aber nicht einbezogen worden, so dass diese nach Auffassung der NLStBV-OL nicht vollständig sind.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Auf Ebene des Flächennutzungsplanes wird das konkrete Erschließungsnetz nicht dargestellt. Insofern können konkrete Angaben gar nicht getätigt werden. Sie sind aber auch nicht erforderlich, da es sich um ein Wohngebiet handelt, in dem nur von einem geringem internen Verkehrsaufkommen auszugehen ist. Der Ziel- und Quellverkehr resultiert lediglich aus dem Gebiet selber. Detailliertere Ausführungen hält die Gemeinde Rastede nicht für erforderlich.</p>



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	<p>Prognosen der Verkehrs- und Immissionsbelastungen in den geplanten Kreuzungsbereichen K 131/K 134/Planstraße A (Kreisverkehrsplatz) und K 131/Planstraße D, der nördlich des Bebauungsplangebietes Nr. 79 A liegt, fehlen ebenfalls.</p> <p>Vorsorglich weise ich darauf hin, dass für neu geplante Nutzungen gegenüber dem Träger der Straßenbaulast der K 131 und der K 134 keine Ansprüche hinsichtlich Immissionsschutz geltend gemacht werden können und bitte um Aufnahme eines entsprechenden Hinweises in die Planzeichnung des Flächennutzungsplanes.</p> <p>Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen der gültigen Bauleitplanung einschließlich Begründung.</p>	<p>Grundsätzlich ist zunächst davon auszugehen, dass durch die Einrichtung eines Kreisverkehrsplatzes und die Reduzierung der Fahrgeschwindigkeiten auf der Oldenburger Straße auch eine relevante Verbesserung der Immissionssituation für die Gebäude südlich der Oldenburger Straße erreicht wird. Für den Borbecker Weg dürften sich hingegen keine relevanten Veränderungen ergeben. Die Veränderungen der Immissionsbelastungen können dem schalltechnischen Gutachten entnommen werden.</p> <p>Da mit der Maßnahme grundsätzlich eine Verbesserung der bestehenden Situation verbunden ist, wird seitens der Gemeinde kein weiterer Untersuchungsbedarf gesehen.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen.</p>
6	Landkreis Ammerland Amt für Kreientwicklung 26653 Westerstede Schreiben vom 07.04.2006	<p>Zu dieser Bauleitplanung habe ich keine grundsätzlichen Bedenken, ich verweise aber auf meine Stellungnahme zum Bebauungsplanentwurf Nr. 79 A.</p> <p>Ich bitte, die Planzeichnung um einen Hinweis auf die BauNVO 1990 zu ergänzen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Planzeichnung wird entsprechend ergänzt.</p>

Keine Anregungen und Bedenken hatten:

1. ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Schreiben vom 03.03.2006
2. Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg, Schreiben vom 06.03.2006
3. Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften, Oldenburg, mail vom 16.03.2006
4. IHK, Schreiben vom 06.04.2006



Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
1	Erich Heye Buchenstraße 12 Hankhausen 03.04.2006	<p>In diesem Flächennutzungsplan sind ein Teil unserer Ländereien südlich der Buchenstraße mit angegeben. Diese Flächen werden landwirtschaftlich genutzt und werden auch in Zukunft landwirtschaftlich genutzt.</p> <p>Wenn diese Flächen in den Flächennutzungsplan mit aufgenommen werden, besteht für uns die Gefahr, dass diese Flächen als Bauerwartungsland eingestuft werden, was wiederum ein höherer Einheitswert bedeutet und dafür müssten wir dann höhere Steuern bezahlen; dazu sind wir aber nicht bereit. Daher beantragen wir, diese Flächen nicht mit in den Flächennutzungsplan aufzunehmen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Mit der Darstellung der angesprochenen Flächen als Wohnbauflächen kommt das gemeindliche Ziel zum Ausdruck, die Flächen östlich der Buchenstraße langfristig als Bauland zu entwickeln. Grundsätzlich bieten sich diese Flächen aufgrund ihrer Lage und der bereits vorhandenen Erschließung sehr gut für eine Wohnbebauung an. Die Herausnahme einzelner Flächen aus der Darstellung ist städtebaulich nicht sinnvoll. Eine städtebaulich sinnvolle Planung erfordert den Einbezug der gesamten Flächen östlich der Buchenstraße. Aus der Darstellung des Flächennutzungsplanes können jedoch keine Baurechte abgeleitet werden. Die landwirtschaftliche Nutzung der Flächen genießt Bestandsschutz und ist nach wie vor möglich.</p> <p>Die Gemeinde Rastede beabsichtigt nicht, für die Flächen östlich der Buchenstraße in absehbarer Zeit verbindliche Baurechte zu schaffen. Steuerrechtliche Fragestellungen sind jedoch nicht Gegenstand des Flächennutzungsplanverfahrens.</p> <p>Der Planteil und die Begründung werden nicht geändert.</p>
2	Gerhard Gebken Loyer Weg 86 Hankhausen 10.04.2006	<p>Ich Gerhard Gebken Hankhausen Loyer Weg 86 bin gegen eine Bebauung meines Grundstückes an der Buchenstraße. Das Grundstück wird landwirtschaftlich genutzt und hat eine Zuwegung zur Buchenstraße, die in Erntezeichen auch benötigt wird.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Mit der Darstellung der angesprochenen Flächen als Wohnbauflächen kommt das gemeindliche Ziel zum Ausdruck, die Flächen östlich der Buchenstraße langfristig als Bauland zu entwickeln. Grundsätzlich bieten sich diese Flächen aufgrund ihrer Lage und der bereits vorhandenen Erschließung sehr gut für eine Wohnbebauung an. Die Herausnahme einzelner Flächen aus der Darstellung ist städtebaulich nicht sinnvoll. Eine städtebaulich sinnvolle Planung erfordert den Einbezug der gesamten Flächen östlich der Buchenstraße. Aus der Darstellung des Flächennutzungsplanes können jedoch keine Baurechte abgeleitet werden. Die landwirtschaftliche Nutzung der Flächen genießt Bestandsschutz und ist nach wie vor möglich. Auch die Zuwegung zur Buchenstraße kann weiterhin genutzt werden.</p>



Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
3	Inge und Günther Müller Buchenstraße 24 Rastede 10.04.2006	<p>Hiermit widersprechen wir der vorgesehenen Änderung des Flächennutzungsplanes.</p> <p>Unser Grundstück liegt in der Buchenstraße an der von der Oldenburger Straße aus gesehen rechten Straßenseite. Durch die geplante beidseitige Bebauung der Buchenstraße fällt unser Grundstück aus dem Außenbereich heraus, wodurch sich Einschnitte ergeben können, z.B. für die Kleintierhaltung auf unserem Grundstück. Weiter werden Anliegerbeiträge unter anderem für den Ausbau der Straße und den Anschluss an die Kanalisation anfallen, die von uns nicht finanziert werden können.</p>	<p>Die vorgebrachten Bedenken werden von der Gemeinde Rastede nicht geteilt. Das betreffende Grundstück wird im Rahmen der 33. Flächennutzungsplanänderung als Wohnbaufläche dargestellt. Es verbleibt dennoch nach wie vor planungsrechtlicher Außenbereich. Erschließungs- und Anschlusskosten fallen nur im Falle von Ausbaumaßnahmen an. Davon abgesehen genießen die bestehenden Nutzungen Bestandsschutz und werden durch die Änderung des Flächennutzungsplanes nicht unmittelbar berührt. Der Planteil und die Begründung werden nicht geändert.</p>

Präambel

Auf Grund des § 1 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde Rastede diese 33. Flächennutzungsplanänderung, bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung, beschlossen.

Rastede, den

.....
Bürgermeister

Verfahrensvermerke

Planunterlage

Kartengrundlage: AK5 Rasterdaten, Maßstab: 1 : 5.000
Stand:
Herausgebervermerk: Herausgeben von der Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften Oldenburg, Katasteramt Westerstede

Diese Karten sind gesetzlich geschützt.
Die Verwertung für nichteigene oder für wirtschaftliche Zwecke und die öffentliche Wiedergabe ist nur mit Erlaubnis der zuständigen Vermessungs- und Katasterbehörde zulässig. Keiner Erlaubnis bedarf

1. die Verwertung von Angaben des amtlichen Vermessungswesens und von Standardpräsentationen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises durch kommunale Körperschaften,
2. die öffentliche Wiedergabe von Angaben des amtlichen Vermessungswesens und von Standardpräsentationen durch kommunale Körperschaften, sowie diese im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung eigene Informationen für Dritte bereitstellen.

(vgl. § 5 Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes über das amtliche Vermessungswesen (NVermG)).

Planverfasser

Die 33. Flächennutzungsplanänderung wurde ausgearbeitet von der NWP Planungsgesellschaft mbH, Escherweg 1, 26121 Oldenburg.

Oldenburg, den

.....
(Unterschrift)

Aufstellungsbeschluss

Der Rat/VA der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am die Aufstellung der 33. Flächennutzungsplanänderung beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am ortsüblich bekannt gemacht.

Rastede, den

.....
Bürgermeister

Öffentliche Auslegung

Der Rat/VA der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am dem Entwurf der 33. Flächennutzungsplanänderung und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB/ § 4a Abs.3, Satz 1 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekannt gemacht.

Der Entwurf der 33. Flächennutzungsplanänderung und der Begründung haben vom bis gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Rastede, den

.....
Bürgermeister

Feststellungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Rastede hat nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die 33. Flächennutzungsplanänderung nebst Begründung in seiner Sitzung am beschlossen.

Rastede, den

.....
Bürgermeister

Genehmigung

Die 33. Flächennutzungsplanänderung ist mit Verfügung (Az.:) vom heutigen Tage mit Maßgaben/ unter Auflagen mit Ausnahme der durch kenntlich gemachten Teile gemäß § 6 BauGB genehmigt.

Westerstede, den

.....
Landkreis Ammerland
Der Landrat
Im Auftrage

Beitriffsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Rastede ist den in der Genehmigungsverfügung vom (Az.: s.o.) aufgeführten Maßgaben/ Auflagen/ Ausnahmen ist in seiner Sitzung am beigetreten.

Der betroffenen Öffentlichkeit sowie den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde mit Schreiben vom gemäß § 4a Abs.3, Satz 4 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum gegeben.

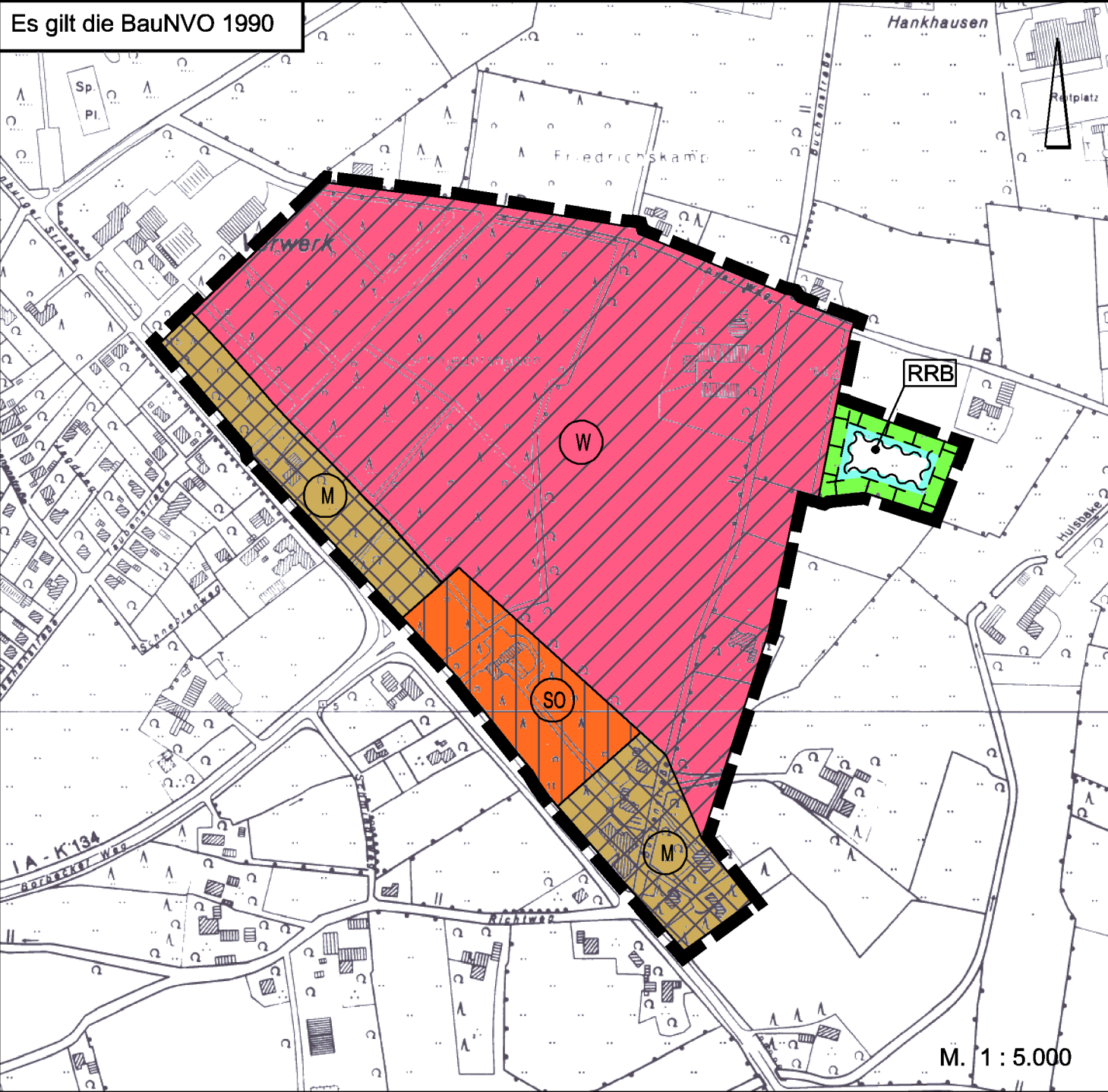
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekannt gemacht.

Die 33. Flächennutzungsplanänderung und die Begründung haben wegen der Maßgaben/ Auflagen gemäß § 4a Abs. 3, Satz 1 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB vom bis öffentlich ausgelegen.

Rastede, den

.....
Bürgermeister

Es gilt die BauNVO 1990



Planzeichenerklärung



Wohnbaufläche



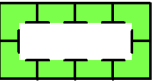
Gemischte Baufläche



Sonstiges Sondergebiet
Zweckbestimmung: Gärtnerei



Umgrenzung von Flächen für die
Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz
und die Regelung des Wasserabflusses
Zweckbestimmung: Regenrückhaltebecken



Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen
zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung
von Boden, Natur und Landschaft



Geltungsbereich der FNP-Änderung

Hinweis

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, 26121 Oldenburg angezeigt oder der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.

GEMEINDE RASTEDE
Landkreis Ammerland

33. Änderung des Flächennutzungsplanes

Datum: 24.04.2006

Maßstab: 1 : 5.000

NWP Planungsgesellschaft mbH
Gesellschaft für räumliche Planung und Forschung
Escherweg 1, 26121 Oldenburg
Tel.: 0441/97174-0 Fax: 0441/97174-73



Bekanntmachung

Die Erteilung der Genehmigung der 33. Flächennutzungsplanänderung ist gemäß § 6 Abs. 5 BauGB am im/ in bekannt gemacht worden.
Die 33. Flächennutzungsplanänderung ist damit am wirksam geworden.

Rastede, den

.....
Bürgermeister

Verletzung von Vorschriften

Innerhalb von zwei Jahren nach Wirksamwerden der 33. Flächennutzungsplanänderung ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen der 33. Flächennutzungsplanänderung und der Begründung nicht geltend gemacht worden.

Rastede, den

.....
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2006/066

freigegeben am 25.03.2006

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

Datum: 11.04.2006

Bebauungsplan Nr. 79 A - Südlich Schlosspark

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.04.2006	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	25.04.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	23.05.2006	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage, sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 24.04.2006 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 79 A - Südlich des Schlossparkes nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 21.02.2006 (Beschlussvorlagen Nr. 2006/016) ist die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in der Zeit vom 07.03. bis 07.04.2006 stattgefunden.

Mehrere Anwohner wenden sich gegen eine Sperrung der Buchenstraße, da sie u.a. verkehrliche Umwege befürchten. Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage 1 beigelegt.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffent- lichkeits-/ Behörden- beteiligung	Öffentliche Ausle- gung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 13.02.06 VA 21.02.06	20.12.05.-10.01.06	07.03.06- 07.04.06	Ratssitzung am 23.05.2005

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung
3. Planzeichenerklärung
4. Textliche Festsetzungen, örtliche Bauvorschriften und Hinweise

**Gemeinde Rastede - Bebauungsplan Nr. 79 A - "Südlich des Schlossparkes"****Abwägungen der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB**

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
1	Landwirtschaftskammer Niedersachsen Bezirksstelle Oldenburg- Nord Am Röttgen 60 26655 Westerstede 29.03.2006	Bezug nehmend auf unser Schreiben zum Bebauungsplan Nr. 79 vom 19.01.2006 bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken gegen die oben genannte Planung. Der Umfang und Detaillierungsgrad der in den Planunterlagen enthaltenen Umweltprüfung ist aus landwirtschaftlicher Sicht hinreichend bemessen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
2	OOWV Georgstraße 4 26919 Brake 20.03.2006	Im Bereich des Bebauungsgebietes befinden sich Versorgungsleitungen DN 100 und DN 32. Diese dürfen weder durch Hochbauten noch durch eine geschlossene Fahrbahndecke – außer in den Kreuzungsbereichen – überbaut werden. Das ausgewiesene Planungsgebiet kann im Rahmen einer erforderlichen Rohrnetzerweiterung an unsere zentrale Trinkwasserversorgung angeschlossen werden. Wann und in welchem Umfang diese Erweiterung durchgeführt wird, müssen die Gemeinde Rastede und der OOWV rechtzeitig vor Ausschreibung der Erschließungsarbeiten gemeinsam festlegen. Die notwendigen Rohrverlegungsarbeiten können nur auf der Grundlage der AVB Wasser V unter Anwendung des § 4 der Wasserlieferungsbedingungen des OOWV durchgeführt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Hauptversorgungsleitungen sind im Planteil eingetragen und werden soweit erforderlich ergänzt. Sie liegen innerhalb der nicht überbaubaren, der überbaubaren Flächen oder innerhalb der Verkehrsflächen. Die Leitungen werden im Rahmen der Ausbauplanung berücksichtigt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der OOWV wird rechtzeitig informiert.

Gemeinde Rastede - Bebauungsplan Nr. 79 A - "Südlich des Schlossparkes"

Abwägungen der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung OOWV	<p>Wir machen darauf aufmerksam, dass die Gemeinde Rastede die sich aus diesem Paragraphen ergebende Verpflichtung rechtzeitig durch Kauf- oder Erschließungsverträge auf die neuen Grundstückseigentümer übertragen kann.</p> <p>Bei der Erstellung von Bauwerken sind gemäß DVGW – Arbeitsblatt W 400-1 – Sicherheitsabstände zu den Versorgungsleitungen einzuhalten. Außerdem weisen wir darauf hin, dass die Versorgungsleitungen gemäß DIN 1998 Punkt 5 nicht mit Bäumen überpflanzt werden dürfen. Um für die Zukunft sicherzustellen, dass eine Überbauung der Leitungen nicht stattfinden kann, werden Sie gebeten, gegebenenfalls für die betroffenen Leitungen ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht einzutragen.</p> <p>Eventuelle Sicherungs- bzw. Umlegungsarbeiten können nur zu Lasten des Veranlassers oder nach den Kostenregelungen bestehender Verträge durchgeführt werden.</p> <p>Wir machen darauf aufmerksam, dass für die ordnungsgemäße Unterbringung der Versorgungsleitungen innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen im Baugebiet ein durchgehender seitlicher Versorgungstreifen angeordnet werden sollte. Dieser darf wegen erforderlicher Wartungs-, Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten weder bepflanzt noch mit anderen Hindernissen versehen werden.</p> <p>Um Beachtung der DIN 1998 und des DVGW Arbeitsblattes W 400-1 wird gebeten.</p> <p>Um das Wiederaufnehmen der Pflasterung bei der Herstellung von Hausanschlüssen zu vermeiden, sollte der Freiraum für Versorgungsleitungen erst nach 75 %iger Bebauung der Grundstücke endgültig gepflastert werden.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die vorgebrachten Ausführungen werden als Hinweise in die Begründung aufgenommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis wird im Rahmen der Ausbauplanung überprüft.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Gemeinde Rastede - Bebauungsplan Nr. 79 A - "Südlich des Schlossparkes"

Abwägungen der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>Sollten durch Nichtbeachtung der vorstehenden Ausführungen Behinderungen bei der Erschließung des Baugebietes eintreten, lehnen wir für alle hieraus entstehenden Folgeschäden und Verzögerungen jegliche Verantwortung ab.</p> <p>Wir bitten vor Ausschreibung der Erschließungsarbeiten um einen Besprechungstermin, an dem alle betroffenen Versorgungsträger teilnehmen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
	Fortsetzung OOWV	<p>Im Interesse des der Gemeinde Rastede obliegenden Brandschutzes können im Zuge der geplanten Rohrverlegungsarbeiten Unterflurhydranten eingebaut werden. Lieferung und Einbau der Feuerlöscheinrichtungen regeln sich nach den bestehenden Verträgen.</p> <p>Wir bitten, die von Ihnen gewünschten Unterflurhydranten nach Rücksprache mit dem Brandverhütungsingenieur in den genehmigten Bebauungsplan einzutragen.</p> <p>Die Einzeichnung der vorhandenen Versorgungsleitungen in dem anliegenden Planausschnitt ist unmaßstäblich. Die genaue Lage der Leitungen gibt Ihnen Dienststellenleiter Herr Kaper, Tel.: 04488/845211, von unserer Betriebsstelle in Westerstede in der Örtlichkeit an.</p> <p>Nach endgültiger Planfassung und Beschluss als Satzung wird um eine Ausfertigung eines genehmigten Bebauungsplanes gebeten.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die genaue Verortung der Unterflurhydranten ist nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens. Sie werden daher nicht im Planteil eingetragen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
3	Zentrale Polizeidirektion Dezernat 23 Kampfmittelbeseitigung Marienstraße 34 30171 Hannover 13.03.2006	<p>Die detaillierten Luftbilder wurden auf Ihren Antrag hin ausgewertet. Aus Qualitätsgründen kann eine genaue Aussage nicht getroffen werden.</p> <p>Die Aufnahmen zeigen keine Bombardierung innerhalb des Planungs- bzw. Grundstücksbereiches (siehe Vermerk Kartenunterlage).</p> <p>Gegen die vorgesehene Nutzung bestehen in Bezug auf Abwurfkampfmittel keine Bedenken.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Begründung wird um die vorgebrachten Ausführungen ergänzt.</p>

Gemeinde Rastede - Bebauungsplan Nr. 79 A - "Südlich des Schlossparkes"

Abwägungen der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
		Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, Ordnungsamt oder das Kampfmittelbeseitigungsdezernat direkt.	Ein entsprechender Hinweis ist in den Planunterlagen enthalten.
4	Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg Theodor-Tantzen-Pl. 8 26122 Oldenburg 06.03.2006	Ich nehme Bezug auf meine Stellungnahme des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Oldenburg vom 28.12.2005. Weitere Anregungen oder Bedenken sind nicht vorzutragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Nachstehend wird die Stellungnahme vom 28.12.2005 wiedergegeben. Die Abwägung wird ebenfalls beibehalten und nachstehend aufgeführt.
4b	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg, Oldenburg Schreiben vom 28.12.2005	<p>Gegen den Bebauungsplan Nr. 79 „Hankhausen, südl. Schlosspark“ der Gemeinde Rastede sind aus der Sicht des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Oldenburg Einwände zu erheben.</p> <p>Bei einer an einen vorhandenen Gewerbebetrieb heranrückenden Wohnbebauung muss die Planung, nach dem Verursacherprinzip, auf die vorhandene Nutzung Rücksicht nehmen. Diese Rücksichtnahme sieht das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg im Bereich der Baumschule Wilfried Müller nicht ausreichend umgesetzt.</p> <p>Nach der schalltechnischen Untersuchung der technologie, entwicklung & dienstleistungen GmbH (ted) vom 15.12.2005 sind im Bereich der Grundstücksgrenzen zur Baumschule Wilfried Müller, in einer Tiefe von 20 m des Plangebietes, die Orientierungswerte der DIN 18005 für allgemeine Wohngebiete um bis zu 4 dB(A) überschritten. Auf Grund der Annahmen des Gutachters, ist damit auch mit einer Überschreitung des Immissionsrichtwertes für allgemeine Wohngebiete in der TA Lärm (tags 55 dB(A) um bis zu 4 dB(A) zu rechnen. Diese Überschreitung würde im Beschwerdefall als erhebliche Lärmbelästigung angesehen werden. Die zuständige Behörde müsste dann zu Lasten des Gewerbebetriebes Maßnahmen anordnen, die zur Einhaltung des Richtwertes führen.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wurde ein schalltechnisches Gutachten erstellt. Darin wurden die gewerblichen Geräuschimmissionen des angesprochenen Gewerbegebietes mit einem mittleren flächenbezogenen Schalleistungspegel von 60 dB(A)/qm in Ansatz gebracht. Dieser flächenbezogene Schalleistungspegel wird den Eigenschaften eines eingeschränkten Gewerbegebietes gerecht. Dennoch wird der Anregung des Gewerbeaufsichtsamtes insoweit nachgekommen, als dass eine genaue Überprüfung der vorhandenen Emissionen des Gartenbaubetriebes erfolgt. Sollte sich aufgrund der Überprüfung zeigen, dass schalltechnische Maßnahmen innerhalb des geplanten Allgemeinen Wohngebietes erforderlich sind, so werden entsprechende Maßnahmen im Bebauungsplan festgesetzt und die Begründung entsprechend ergänzt.

Gemeinde Rastede - Bebauungsplan Nr. 79 A - "Südlich des Schlossparkes"

Abwägungen der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p><i>Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg hält es daher für erforderlich, dort, wo eine Überschreitung des Immissionsrichtwertes der TA Lärm für allgemeine Wohngebiete nicht auszuschließen ist, ein mit Lärm vorbelastetes Gebiet bzw. eine Fläche für besondere Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (vgl. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB) und passive Schallschutzmaßnahmen festzusetzen.</i></p>	
	<p><i>Fortsetzung Staatliches Gewerbeaufsichtsamt</i></p>	<p><i>Folgende textliche Festsetzung wird vorgeschlagen:</i></p> <p><i>„Innerhalb der gekennzeichneten Fläche des allgemeinen Wohngebietes werden die Orientierungswerke für Gewerbelärm im Beiblatt 1 zur DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ (Mai 1987) überschritten.</i></p> <p><i>Bei der Errichtung von Gebäuden innerhalb der vorgenannten Fläche, die dem Wohnen oder dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen, müssen die Mindestanforderungen an die Luftschalldämmung von den nach außen abschließenden Bauteilen von Aufenthaltsräumen gemäß DIN 4109, Tabelle 8 (Nov. 1989) eingehalten werden. Auf der dem Lärm zugewandten Seite dürfen keine Fenster zum Öffnen, Freisitz oder Balkone vorhanden sein.“</i></p>	<p><i>Sofern die o.g. Überprüfung ergibt, dass schalltechnische Maßnahmen erforderlich sind, werden im Bebauungsplan entsprechende Festsetzungen getroffen.</i></p>
5	<p>Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg, Kaiserstraße 27 26122 Oldenburg 05.04.2006</p>	<p>Gegen die geplante Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 79 A bestehen seitens der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg (nachfolgend NLStBV-OL) keine Bedenken, wenn im Bebauungsplan und in der nachfolgenden Erschließungsplanung folgendes beachtet wird:</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Gemeinde Rastede - Bebauungsplan Nr. 79 A - "Südlich des Schlossparkes"

Abwägungen der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	<p>1. Für die verkehrliche Erschließung des Plangebietes ist im Kreuzungsbereich K 131/K 134/Planstraße A die Anlage eines Kreisverkehrsplatzes vorgesehen. Zu dieser Planung hat es bereits Vorabstimmungen gegeben. Bedenken gegen die Anlage eines Kreisverkehrsplatzes und den Umfang der hierfür festgesetzten öffentlichen Straßenverkehrsfläche bestehen nicht.</p> <p>Vor Baubeginn ist über die geplante Maßnahme im Zuge der K 131/K 134/Planstraße A der Abschluss einer Vereinbarung gem. § 34 (1) NStrG zwischen dem Landkreis Ammerland und der Gemeinde Rastede erforderlich. Zur Aufstellung einer Vereinbarung ist der NLStBV-OL ein Ausbauplan mit Kostenanschlag zur Überprüfung vorzulegen, der Bestandteil der abzuschließenden Vereinbarung wird.</p> <p>In der Vereinbarung werden u. a. die Kostentragung, die künftige Straßenbaulast und Unterhaltung und die Höhe der Ablösekosten für den Mehrunterhaltungsaufwand entsprechend den Ablöserichtlinien nach StraW 85, die ggf. von der Gemeinde an den Landkreis aufzulösen sind, geregelt.</p> <p>2. Gemäß der textlichen Festsetzung Nr. 1 sollen Zufahrten zum an der K 131 gelegenen Sondergebiet zulässig sein.</p> <p>Gegen diesen Teil der textlichen Festsetzung bestehen Bedenken, da im Kreuzungsbereich keine Zufahrten zugelassen werden können, um im Zuge der K 131 und im geplanten Kreuzungsbereich die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gewährleisten.</p> <p>Um das Zufahrtverbot im Bebauungsplan eindeutig darzustellen, sollte entlang der K 131 durchgängig und entlang der Planstraße A im Kreuzungsbereich (Kreisverkehrsplatz bis zum Ende der Mittelinsel) ein "Bereich ohne Ein- und Ausfahrt" festgesetzt werden.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Eine entsprechende Vereinbarung wird getroffen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>In der textlichen Festsetzung Nr. 1 werden die Zufahrten nicht geregelt. In der textlichen Festsetzung Nr. 13 ist festgesetzt, dass zur Erschließung des angrenzenden Sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Gartenbaubetrieb“ die Anlage einer Zu- und Abfahrt mit einer maximalen Breite von 6,5 m innerhalb Fläche A 1 zulässig ist. Es handelt sich dabei um eine mögliche Erschließung über das gebietsinterne Erschließungsnetz. Darüber hinaus besteht auch gegenwärtig bereits eine direkte Erschließung des Grundstückes über die Oldenburger Straße. Diese bestehende Erschließungssituation wird durch die Aufstellung des Bebauungsplanes nicht geändert. Eine direkte Erschließung über die Oldenburger Straße wird auch als unproblematisch erachtet, da dieser Teil der Oldenburgerstraße innerhalb der Ortsdurchfahrt liegt. Insofern wird auch der Anregung nicht nachgekommen, entlang der Oldenburger Straße ein Zu- und Abfahrtsverbot festzusetzen.</p>

Gemeinde Rastede - Bebauungsplan Nr. 79 A - "Südlich des Schlossparkes"

Abwägungen der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	<p>3. Für den Bebauungsplan Nr. 79 und die 33. Flächennutzungsplanänderung sind eine Verkehrsuntersuchung und eine schalltechnische Untersuchung durchgeführt worden. Die innerhalb des Untersuchungsgebietes (Planstraßen A bis D) zu erwartenden Verkehrsmengen und deren Auswirkungen auf die Immissionsbelastungen im Sondergebiet und in den allgemeinen Wohngebieten wurden in die Untersuchungen jedoch nicht einbezogen, so dass diese nach Auffassung der NLStBV-OL nicht vollständig sind.</p> <p>Prognosen der Verkehrs- und Immissionsbelastungen in den geplanten Kreuzungsbereichen K 131/K 134/Planstraße A (Kreisverkehrsplatz) und K 131/Planstraße D, der nördlich des Bebauungsplangebietes Nr. 79 A liegt, fehlen ebenfalls.</p> <p>Vorsorglich weise ich darauf hin, dass für die neu geplante Nutzungen gegenüber dem Träger der Straßenbaulast der K 131 und der K 134 keine Ansprüche hinsichtlich Immissionsschutz geltend gemacht werden können und bitte um Aufnahme eines entsprechenden Hinweises in die Planzeichnung des Bebauungsplanes.</p> <p>Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen der gültigen Bauleitplanung einschließlich Begründung.</p>	<p>Die vorgebrachten Bedenken werden nicht geteilt. Es handelt sich bei der Planung um ein relativ kleines Wohngebiet in einer Größenordnung von ca. 9,5 ha. Die angesprochene Planstraße D nicht ist mehr Bestandteil dieses Bebauungsplanes. Innerhalb des Wohngebietes ist nur mit geringem Verkehrsaufkommen und nur mit Ziel- und Quellverkehr in bzw. aus dem Gebiet zu rechnen. Durchgangsverkehr ist nicht vorhanden. Insofern werden keine immissionsschutzrechtlichen Probleme erwartet. Die schalltechnischen Untersuchungen werden als ausreichend erachtet und werden nicht ergänzt. Die Begründung und der Planteil werden nicht geändert.</p> <p>Grundsätzlich ist zunächst davon auszugehen, das durch die Einrichtung eines Kreisverkehrsplatzes und die Reduzierung der Fahrgeschwindigkeiten auf der Oldenburger Straße auch eine relevante Verbesserung der Immissionssituation für die Gebäude südlich der Oldenburger Straße erreicht wird. Für den Borbecker Weg dürften sich hingegen keine relevanten Veränderungen ergeben. Da mit den Maßnahmen grundsätzlich eine Verbesserung der bestehenden Situation verbunden ist, wird seitens der Gemeinde kein weiterer Untersuchungsbedarf gesehen. Die Planstraße D ist nicht mehr Gegenstand des Bebauungsplanes Nr. 79A.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Gemeinde Rastede - Bebauungsplan Nr. 79 A - "Südlich des Schlossparkes"

Abwägungen der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
6	Landkreis Ammerland 26653 Westerstede 07.04.2006	<p>Nach Auffassung meiner Unteren Naturschutzbehörde ist die natur-schutzfachliche Kompensation noch nicht ausreichend (s. Anlage). Aus diesem Grund ist die Eingriffsbilanzierung diesbezüglich zu überarbei-ten.</p> <p>Meine Untere Naturschutzbehörde bittet zum Nachweis der fehlenden Kompensationswertseinheiten im Flächenpool Loyer Moor um Übersen-dung einer aktuellen Übersicht über das Ökokonto der Gemeinde.</p> <p>Das Entwässerungskonzept ist meiner Unteren Wasserbehörde noch vorzulegen.</p>	<p>Die Bilanzierung wird überarbeitet (s. u.)</p> <p>Die Gemeinde Rastede wird dem Landkreis Ammerland eine aktuelle Übersicht über das Punktekonto zukommen lassen.</p> <p>Das Entwässerungskonzept wurde der Unteren Wasserbehörde zwischenzeitlich vorge-legt.</p>
	Fortsetzung Landkreis Ammerland	<p>Die zur Reduzierung der Verkehrslärmimmissionen vorgesehenen Maß-nahmen (Prämissen des Lärmschutzgutachtens) sind noch mit meiner Unteren Straßenverkehrsbehörde abzustimmen.</p> <p>Für die Anbindung der Planstraße A an die K 131 (neuer Kreisver-kehrsplatz) ist der Abschluss einer Vereinbarung gemäß § 34 Absatz 1 Niedersächsisches Straßengesetz mit mir als Straßenbaulastträger erfor-derlich. Ich bitte, der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg, vorab einen Ausbauplan als Grundlage einer solchen Vereinbarung zukommen zu lassen.</p> <p>Den als Zwischenlösung einzurichtenden Kinderspielplatz innerhalb des Geltungsbereiches dieses Bebauungsplanes bitte ich, hinsichtlich Lage und Größe zu konkretisieren.</p> <p>Die örtliche Bauvorschrift Nr. 3 ist m. E. angesichts unterschiedlich möglicher Dachgaubenformen nicht präzise formuliert und sollte m. E. die Schnittkante der Dachgaube zur Dachfläche als Bezugspunkt bestimmen.</p>	<p>Eine Abstimmung wird zeitnah mit der Unteren Straßenbehörde erfolgen.</p> <p>Die Ausbauplanung zum Kreisel wird derzeit mit dem Landkreis abgestimmt. Ein Aus-bauplan wird dem Landkreis als Straßenbaulastträger zeitnah vorab zugeschickt.</p> <p>Der Kinderspielplatz soll am westlichen, zentralen Rand des Plangebietes, unmittelbar östlich der Planstraße A vorgesehen werden. Die Größe des vorläufigen Kinderspielplatz soll ca. 650 qm betragen. Die Begründung wird entsprechend ergänzt.</p> <p>Der Anregung wird nachgekommen. Die örtliche Bauvorschrift wird wie folgt redaktio-nell präzisiert: Dachaufbauten/Dachgauben können in mehrere gleiche Einheiten aufgeteilt werden. Ihre Gesamtlänge darf –gemessen an der breitesten Stelle- 50% der Trauflänge nicht überschreiten. Der Abstand zum seitlichen Dachrand muß min-destens 1,50 m betragen. Die Planunterlagen werden entsprechend redaktionell ange-passt.</p>

Gemeinde Rastede - Bebauungsplan Nr. 79 A - "Südlich des Schlossparkes"

Abwägungen der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	<u>Anlage zur Stellungnahme vom 07.04.2006</u>	<p>Meine Untere Naturschutzbehörde weist darauf hin, dass die an der westlichen Seite des Plangebietes auf einer Länge von ca. 40 m überplanten und die an der Buchenstraße im Bereich des Fuß- und Radweges auf einer Länge von 4 m zu beseitigenden Wallheckenabschnitte im Verhältnis 1 : 2 durch Neuanlage oder Instandsetzung von 88 m Wallhecken zu kompensieren sind.</p> <p>Die im Bebauungsplan nachrichtlich dargestellte, zu erhaltende Wallhecke westlich der Buchenstraße und an der südlichen Seite der einzelnen Bebauung östlich der Buchenstraße wird durch eine mögliche gärtnerische Nutzung bis an den Wallheckenfuß heran erheblich beeinträchtigt. Für einen wirksamen Wallheckenschutz wäre die Auszäunung des Wallheckenschutzstreifens mit entsprechender planerischer Festsetzung im Bebauungsplan erforderlich. Da dieses aufgrund der geringen Größe der Baugrundstücke nicht möglich ist, sind die beeinträchtigten Werte und Funktionen dieser Wallhecken im Verhältnis 1 : 1 durch die Neuanlage von Wallhecken oder Instandsetzungsmaßnahmen an Wallhecken auszugleichen.</p> <p>Der Funktionsverlust für die Wallhecke an der Buchenstraße ist folglich mit 155 m und südlich der einzelnen Bebauung und im Bereich des Regenrückhaltebeckens mit 150 m Länge durch Neuanlage oder Instandsetzung von Wallhecken auszugleichen. Die beeinträchtigten Werte und Funktionen der nach § 33 NNatG geschützten Wallhecken sind zu kompensieren und dem Landkreis Ammerland vor Satzungsbeschluss nachzuweisen. Durch die geplante Bebauung und das Regenrückhaltebecken werden folglich 305 lfd. m Wallhecke in ihrer Funktion beeinträchtigt, so dass für die Aufstellung des Bebauungsplanes insgesamt 393 lfd. m Wallhecke zu kompensieren sind.</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>Die Gemeinde Rastede sieht davon ab, eine Auszäunung des Schutzstreifens festzusetzen, da die Grundstücke hierfür nicht ausreichend groß sind. Insofern werden die zu erhaltenden Wallheckenstrukturen als erheblich beeinträchtigt bewertet und im Verhältnis 1:1 kompensiert.</p> <p>Dies betrifft auch die Wallhecke im westlichen Plangebiet (40 m), deren Struktur ebenfalls erhalten wird. Sie ist im Bebauungsplan gemäß § 9 (1) Nr. 25b BauGB als Fläche mit Bindung für Bepflanzungen festgesetzt und nicht mit einem Schutzstreifen versehen, ebenso wie die Wallhecke südlich des geplanten Regenrückhaltebeckens.</p> <p>Die Gemeinde Rastede wird demgemäß 353 m Wallhecke kompensieren.</p>

**Gemeinde Rastede - Bebauungsplan Nr. 79 A - "Südlich des Schlossparkes"****Abwägungen der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB**

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
-----	-----------------------------------------------------	---------------	--------------------------------------------------------------------

Keine Anregungen und Bedenken hatten:

1. GLL Aurich, Email vom 16.03.2006
2. EWE AG, Schreiben vom 10.03.2006
3. IHK; Schreiben vom 06.04.2006
4. ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Schreiben vom 03.03.2006

Gemeinde Rastede - Bebauungsplan Nr. 79 A - "Südlich des Schlossparkes"

Abwägungen der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
1	Erhard Dirksen Hannenmoorweg 26180 Rastede 27.03.2006	<p>Ich bewirtschafte die Flächen von Erich Heye, Buchenstraße 12. Diese liegen an der Buchenstraße am Loyer Weg gegenüber der Gaststätte Kypken, und in Hankhausen.</p> <p>Durch die Sperrung der Buchenstraße muss ich um von Fläche "Buchenstraße" zur Fläche "Loyer Weg" zu gelangen, einen Umweg über die Oldenburger Straße, Parkstraße, Loyer Weg nehmen. Pflügen, Saatbeetbereitung, Maislegen, Düngung, Pflanzenschutz usw.. Desweiteren sind alle Flächen an der Buchenstraße nur über die Oldenburger Str. zu erreichen, z.B. mit der Wiesenwalze (Verkehrsbehinderung).</p> <p>Ich möchte Sie hiermit bitten, auf die Sperrung zu verzichten. Sollte das nicht möglich sein, schlage ich eine Sperrung in Höhe Buchenstraße 24 vor, weil man dann die Flächen an der Buchenstraße sowohl von der Oldenburger Straße wie auch vom Loyer Weg erreichen kann.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Sperrung der Buchenstraße für den Durchgangsverkehr erfolgt sowohl aus verkehrsplanerischen als auch aus immissionsschutzrechtlichen Gründen. Aus verkehrsplanerischen Gründen erfolgt die Sperrung, um eine Entspannung der problematischen Einmündungssituation der Buchenstraße in die Oldenburger Straße zu erreichen. Aus immissionsschutzrechtlichen Gründen ist von Bedeutung, dass mit der Sperrung eine deutliche Reduzierung der Verkehrslärmbelastung an der Buchenstraße erzielt und damit die Entwicklung eines hochwertigen Wohngebietes mit vergleichsweise geringem Aufwand erreicht wird. Den Verkehrsbeziehungen, die derzeit über die Buchenstraße abgewickelt werden, sind die mit der Sperrung der Buchenstraße verbundenen Umwegfahrten über die Parkstraße zuzumuten. In der Gesamtabwägung ist die Gemeinde Rastede zu dem Ergebnis gekommen, den mit der Sperrung einhergehenden positiven verkehrsplanerischen und immissionsschutzrechtlichen Aspekten gegenüber den geringen Umwegfahrten einiger Verkehrsteilnehmer den Vorrang einzuräumen. Der Planteil und die Begründung werden daher nicht geändert.</p> <p>Der Anregung wird aus den o.g. Gründen nicht nachgekommen. Eine Sperrung der Buchenstraße auf Höhe der Buchenstraße Nr. 24 ist städtebaulich nicht sinnvoll, weil entlang der Buchenstraße ein zusammenhängendes Wohngebiet entwickelt werden soll. Das ist nur möglich, wenn die an der Buchenstraße gelegenen Wohngrundstücke auch einheitlich über die Buchenstraße erschlossen werden. Eine Verschiebung der Sperrung in Richtung Süden, würde eine solche einheitliche Erschließungsstruktur unterbinden. Der Anregung wird daher nicht gefolgt. Der Planteil und die Begründung werden nicht geändert.</p>

Gemeinde Rastede - Bebauungsplan Nr. 79 A - "Südlich des Schlossparkes"

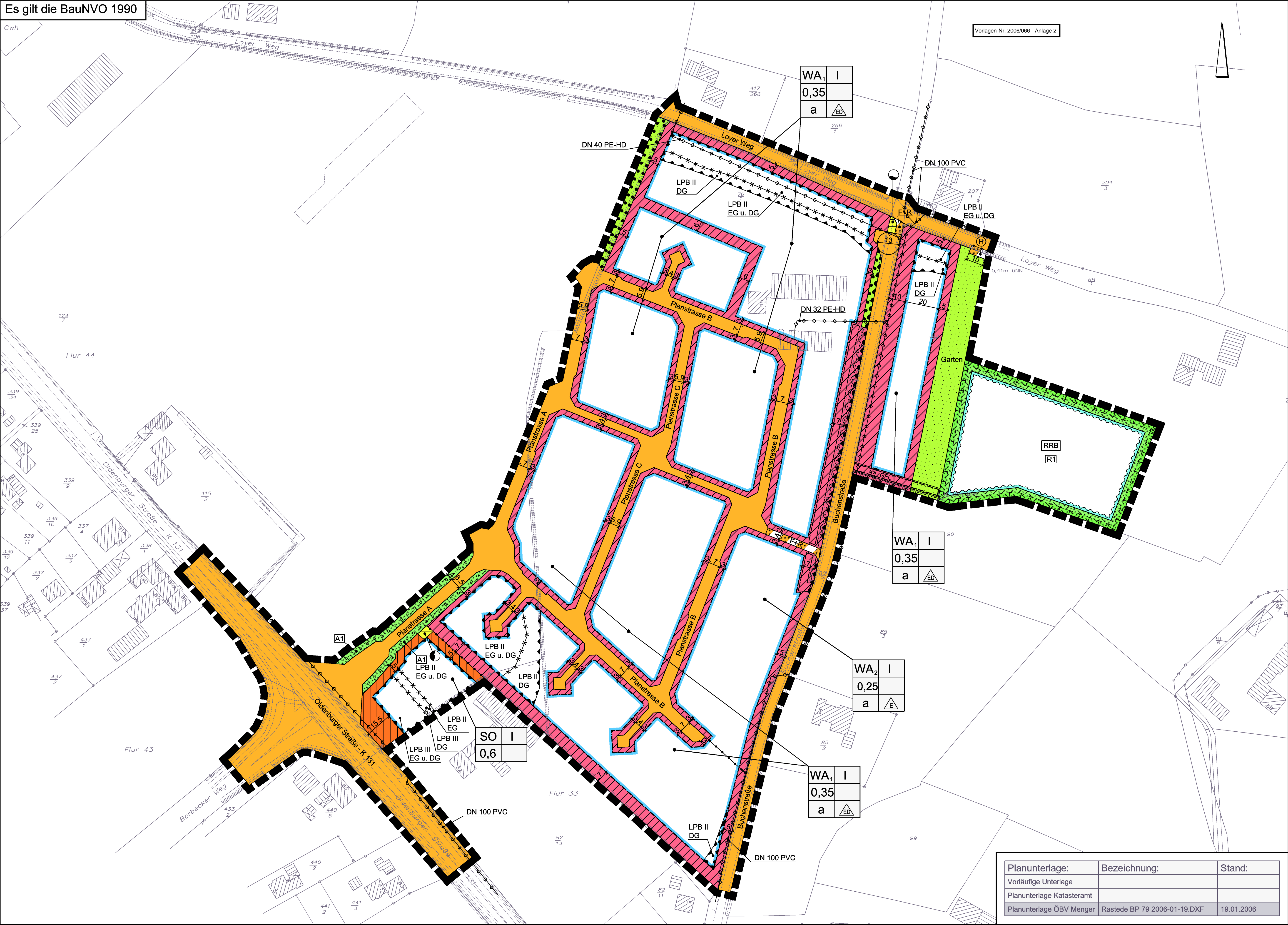
Abwägungen der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
2	<p>Horst und Marianne Lobensteiner Mühlenstraße 116 26180 Rastede 19.02.2006</p>	<p>Die angedachte Schließung des Buchenweges im Zuge der Vorbereitung des Flächennutzungs- und Bebauungsplanes für das o. g. neue Baugebiet sollte noch einmal überdacht werden. Es ist erwiesen, dass ein Großteil des Berufs- und privaten Kfz-Verkehrs aus den Bereichen Hankhausen mit dem Baugebiet Ziegelei und dem Baugebiet südlich der Rasteder Bäke durch die Buchenstraße in Richtung Neusüden- de/Bad Zwischenahn/Westerstede/Wesermarsch und Oldenburg abfließt.</p> <p>Zum anderen sollte die Wichtigkeit dieser Verbindung für die landwirtschaftlichen Flächen im Osten der Gemeinde nicht außer Acht gelassen werden. Den glücklicherweise noch wirtschaftenden Landwirten sollten die Fahrten zu ihren Äckern und Weiden in den Rasteder Mooren nicht zusätzlich unnötig erschwert werden. Die Initialzündung zur Aufgabe dieser dringend erforderlichen Bewirtschaftung unserer Hochmoorstandorte könnte auch eine solche Sperrung auslösen.</p> <p>Eine Verlagerung des Verkehrs an die Kreuzung Park-/Oldenburger Straße könnte auch dort zu Problemen führen. Der angedachte Kreisel zum neuen Baugebiet müsste diesen Verkehr dann auch zusätzlich aufnehmen. Andererseits sind Probleme an der Einmündung der Buchenstraße in die Oldenburger Straße zu keiner Zeit aufgetreten.</p>	<p>Die Sperrung der Buchenstraße für den Durchgangsverkehr erfolgt sowohl aus verkehrsplanerischen als auch aus immissionsschutzrechtlichen Gründen. Aus verkehrsplanerischen Gründen erfolgt die Sperrung, um eine Entspannung der problematischen Einmündungssituation der Buchenstraße in die Oldenburger Straße zu erreichen. Aus immissionsschutzrechtlichen Gründen ist von Bedeutung, dass mit der Sperrung eine deutliche Reduzierung der Verkehrslärmbelastung an der Buchenstraße erzielt und damit die Entwicklung eines hochwertigen Wohngebietes mit vergleichsweise geringem Aufwand erreicht wird. Durch die Sperrung der Buchenstraße werden keine relevanten Beeinträchtigungen der Verkehrsbeziehungen erwartet, da die Anbindung aus Richtung Rastede bzw. Loy bestehen bleibt. Den Verkehrsbeziehungen, die derzeit über die Buchenstraße abgewickelt werden, sind die mit der Sperrung der Buchenstraße verbundenen Umwegfahrten über die Parkstraße zuzumuten. In der Gesamtabwägung ist die Gemeinde Rastede zu dem Ergebnis gekommen, den mit der Sperrung einhergehenden positiven verkehrsplanerischen und immissionsschutzrechtlichen Aspekten gegenüber den geringen Umwegfahrten einiger Verkehrsteilnehmer den Vorrang einzuräumen. Der Planteil und die Begründung werden daher nicht geändert.</p> <p>Die zuvor getätigten Aussagen und Abwägungen gelten nicht nur für den Pkw Verkehr, sondern auch für den landwirtschaftlichen Verkehr. Die geringen Umwegfahrten sind auch dem landwirtschaftlichen Verkehr zuzumuten. Der geplante Kreisel wird ausreichend dimensioniert, um auch landwirtschaftlichen Verkehr aufnehmen zu können.</p> <p>Die Einschätzung wird von der Gemeinde Rastede nicht geteilt. In der Vergangenheit sind deutliche Probleme an der Einmündung der Buchenstraße in die Oldenburger Straße aufgetreten. Diese problematische Einmündungssituation ist u.a. Anlass für die Gemeinde die Buchenstraße für den Durchgangsverkehr zu sperren und damit die Kreuzungssituation zu entlasten.</p>

Gemeinde Rastede - Bebauungsplan Nr. 79 A - "Südlich des Schlossparkes"

Abwägungen der Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
		Wir schlagen daher als Alternative zur Schließung der Buchenstraße eine Beruhigung des Verkehrs durch eine Tempo-30-Zone vor. Wir denken, dass wird allen Beteiligten, auch den Neubürgern, gerecht.	Die vorgeschlagene Maßnahme ist als alleinige Maßnahme nicht geeignet, die vorhandenen immissionsschutzrechtlichen und verkehrsplanerischen Probleme zu lösen. Insbesondere wird mit der alleinigen Reduzierung der Geschwindigkeit die Einmündungssituation nicht entschärft. Eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 km/h soll aber in Kombination mit der Sperrung der Buchenstraße durchgeführt werden. Der Planteil und die Begründung werden daher nicht geändert.
3	Gerhard Gebken Loyer Weg 86 Hankhausen 10.04.2006	Ich Gerhard Gebken Hankhausen Loyer Weg 86 bin gegen eine Bebauung meines Grundstückes an der Buchenstraße. Das Grundstück wird landwirtschaftlich genutzt und hat eine Zuwegung zur Buchenstraße, die in Erntezeichen auch benötigt wird.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Flächen liegen nicht im Bebauungsplangebiet. Eine Abwägung hierzu erfolgt im Rahmen der 33. Flächennutzungsplanänderung.
4	Bernd Janßen landw. Gemeindebeauftragter der Gemeinde Rastede Unterschriftenliste 17.02.2006	<p>Die Schließung der Buchenstraße für den Durchgangsverkehr bedeutet für Landwirte, die ihr zu bewirtschaftendes Land nicht nur arroundiert um ihren Hof zu liegen haben, eine weitere Erschwernis. Sie müssen z. T. erhebliche Wege zu ihren Ländereien in Kauf nehmen, nun soll eine weitere Härte hinzukommen, wenn sie wegen der Schließung der Buchenstraße auch hier deutliche Umwege fahren müssen. Die Moorländereien sind in der Bewirtschaftung schon sehr schwierig und die Wege dorthin oft sehr lang, was in der heutigen Zeit doch ein erheblicher Aspekt ist, den es zu berücksichtigen gilt. Die Ländereien, die z.B. im Moor noch von den Landwirten bewirtschaftet bzw. gepflegt werden, tragen doch erheblich zu dem guten Bild der Gemeinde Rastede als Erholungs- und Urlaubsort bei. Können diese vielen Weiden nicht mehr bewirtschaftet werden, wie es die gute landwirtschaftliche Praxis den Landwirten doch ein Anliegen ist, so wird auch diese schöne Landschaft sehr schnell ihren Charakter verlieren.</p> <p>Berücksichtigen Sie diese Aspekte in Ihrer Planung. Die Schließung der Buchenstraße ist ein weiterer Schritt, den Landwirten die Bewirtschaftung ihrer Betriebe zu erschweren.</p>	Die landwirtschaftlichen Verkehre, die derzeit über die Buchenstraße erfolgen, können zukünftig über die Parkstraße und den Loyer Weg abgewickelt werden. Die mit der Sperrung der Buchenstraße verbundenen geringen Umwegfahrten über die Parkstraße sind für den landwirtschaftlichen Verkehr zumutbar. Die mit der Sperrung der Buchenstraße verbundenen verkehrsplanerischen und immissionsschutzrechtlichen Vorteile gewichtet die Gemeinde Rastede höher, als die mit der Schließung einhergehenden geringen Umwegfahrten. Die Vorteile sind aus verkehrsplanerischen Gründen in einer Entspannung der problematischen Einmündungssituation der Buchenstraße in die Oldenburger Straße zu sehen. Aus immissionsschutzrechtlichen Gründen ist von Bedeutung, dass mit der Sperrung eine deutliche Reduzierung der Verkehrslärmbelastung an der Buchenstraße erzielt und damit die Entwicklung eines hochwertigen Wohngebietes mit vergleichsweise geringem Aufwand erreicht wird. Die Gemeinde Rastede teilt die Auffassung nicht, dass es sich bei den Umwegfahrten um deutliche Umwege handelt. Es ist von einer zusätzlichen Wegestrecke von ca. 900 m auszugehen. Dieser zusätzliche Weg wird als zumutbar erachtet. Insgesamt wird mit der Planung keine erhebliche Erschwerung der Flächenbewirtschaftung verursacht. Der Planteil und die Begründung werden daher nicht geändert.



Planunterlage:	Bezeichnung:	Stand:
Vorläufige Unterlage		
Planunterlage Katasteramt		
Planunterlage ÖBV Menger	Rastede BP 79 2006-01-19.DXF	19.01.2006

PLANZEICHENERKLÄRUNG

1. Art der baulichen Nutzung

 Allgemeines Wohngebiet

 Sonstige Sondergebiete, Zweckbestimmung: Gartenbaubetrieb


2. Maß der baulichen Nutzung

0,4 Grundflächenzahl

I Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß



3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

 nur Einzelhäuser zulässig


 nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

a Abweichende Bauweise

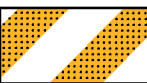
 Baugrenze

 überbaubare Fläche
 nicht überbaubare Fläche


6. Verkehrsflächen

 Öffentliche Straßenverkehrsfläche

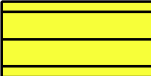
 Straßenbegrenzungslinie

 Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung
F+R Zweckbestimmung: Fuß- und Radweg


 Zweckbestimmung: Bushaltestelle

 Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

7. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen

 Flächen für Versorgungsanlagen

 Zweckbestimmung: Pumpstation

 Zweckbestimmung: Elektrizität / Telekommunikation

8. Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen

 unterirdische Leitung

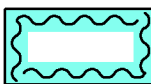
9. Grünflächen

 Private Grünfläche

Garten Zweckbestimmung: Garten

 Öffentliche Grünfläche

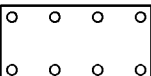
10. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

 Umgrenzung der Flächen mit Wasserrechtlichen Festsetzungen

RRB Zweckbestimmung: Regenrückhaltebecken

13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen oder Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

 Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft


 Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

 Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern

15. Sonstige Planzeichen

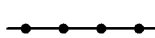
Vorlage-Nr. 2006/066 - Anlage 3


 mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen

 Umgrenzung von Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes- Immissionsschutzgesetzes

LPB II Lärmpegelbereich

 Abgrenzung unterschiedlicher Lärmpegelbereiche

 Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen

 Wallhecke (symbolisch)

 nichtüberbaubare Flächen mit Nutzungseinschränkungen (siehe textliche Festsetzung Nr.9)

 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Textliche Festsetzungen

1. Im Sonstigen Sondergebiet gemäß § 11 (2) BauNVO mit der Zweckbestimmung „Gartenbaubetrieb“ sind folgende Nutzungen zulässig:
 - Produktionsstätten für gartenbauliche Erzeugnisse (z.B. Freilandkulturen, Gewächshäuser),
 - Verkaufsstätte für gartenbauliche Erzeugnisse und Zubehör,
 - Stellplätze und Zufahrten,
 - Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO
2. In den allgemeinen Wohngebieten (WA 1) sind gemäß § 9 [1] Nr. 6 BauGB bei Einzelhäusern je angefangene 600 qm Baugrundstück eine Wohneinheit und bei Doppelhäusern (je Haushälfte) je angefangene 400 qm eine Wohneinheit zulässig. In den allgemeinen Wohngebieten (WA 2) sind gemäß § 9 [1] Nr. 6 BauGB bei Einzelhäusern je angefangene 1.000 qm Baugrundstück eine Wohneinheit zulässig.
3. Die Überschreitung der festgesetzten Grundflächenzahl gemäß § 19 [4] BauNVO ist in den allgemeinen Wohngebieten (WA) um bis zu 30% zulässig.
4. Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zwischen der Baugrenze und den im Bebauungsplan festgesetzten angrenzenden öffentlichen Verkehrsflächen sind Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) gemäß § 12 BauNVO sowie Nebenanlagen in Form von Gebäuden gemäß § 14 BauNVO nicht zulässig. Hiervon ausgenommen sind die nicht überbaubaren Grundstücksflächen entlang von öffentlichen Verkehrsflächen mit der Zweckbestimmung „Fuß- und Radweg“.
5. In den Baugebieten gilt gemäß § 22 [2] BauNVO die offene Bauweise. Abweichend wird für die Allgemeinen Wohngebiete WA 1 festgesetzt, daß Gebäudelängen bis maximal 20 m zulässig sind. In den Allgemeinen Wohngebieten (WA 1) sind nur Doppel- und Einzelhäuser zulässig. Abweichend wird für die Allgemeinen Wohngebiete WA 2 festgesetzt, daß Gebäudelängen bis maximal 25 m zulässig sind. In den Allgemeinen Wohngebieten (WA 2) sind nur Einzelhäuser zulässig.
6. Gemäß § 16 [2] BauNVO wird bestimmt, daß die Gebäudehöhe in den festgesetzten Allgemeinen Wohngebieten (WA) und Sonstigen Sondergebieten (SO) maximal 9,50 m betragen darf. Bezugspunkte sind die Oberkante des Gebäudes und die der Erschließung des Grundstücks dienende öffentliche Straßenverkehrsfläche, gemessen am Fahrbahnrand.
7. Gemäß § 16 [2] BauNVO wird bestimmt, daß die Höhe des Erdgeschosssockels in den festgesetzten Allgemeinen Wohngebieten (WA) maximal 0,3 m betragen darf. Bezugspunkte sind die Oberkante des fertigen Erdgeschossfußbodens und die der Erschließung des Grundstücks dienende öffentliche Straßenverkehrsfläche, gemessen am Rand der Fahrbahn.
8. Im Bereich der in der Planzeichnung festgesetzten Bereiche ohne Ein- und Ausfahrten ist die Anlage von Zu- und Ausfahrten sowie Zu- und Ausgängen von der Buchenstraße zu den angrenzenden Grundstücken gemäß § 9 (1) Nr. 11 BauGB nicht zulässig.
9. Gemäß § 9 [1] Nr. 20 BauGB sind zum Schutz der Wallhecken bauliche Anlagen im Sinne der §§ 12 und 14 BauNVO, jegliche Versiegelungen, Materialablagerungen (auch Kompost), Auf- und Abgrabungen sowie Auffüllungen auf den Baugrundstücken im Abstandsbereich von 7 m in den gekennzeichneten Flächen unzulässig.
10. In den Wohn- und Aufenthaltsräumen sind in den im Planteil gekennzeichneten Bereichen die folgenden erforderlichen resultierenden Schalldämm-Maße (erf. $R'_{w,res}$) durch die Außenbauteile (Wandanteil, Fenster, Lüftung, Dächer etc.) einzuhalten:

Lärmpegelbereich III:	erf. $R'_{w,res} = 35$ dB für Aufenthaltsräume von Wohnungen
	erf. $R'_{w,res} = 30$ dB für Büro- und Sozialräume
Lärmpegelbereich II:	erf. $R'_{w,res} = 30$ dB für Aufenthaltsräume von Wohnungen

10. Innerhalb der öffentlichen Grünfläche R 1 ist ein den wasserwirtschaftlichen Anforderungen entsprechendes Regenrückhaltebecken anzulegen. Die nicht für die Rückhaltung benötigten Flächen sind entsprechend den Vorgaben des wasserrechtlichen Verfahrens naturnah zu gestalten. Innerhalb der Fläche ist ein 3 m breiter Weg aus wassergebundenem Material zur Unterhaltung der Anlage zulässig.
11. Gemäß § 9 (1) Nr. 25b BauGB werden für das Bebauungsplangebiet folgende Festsetzungen getroffen:
 1. Die in der Planzeichnung gekennzeichneten Bäume sind zu erhalten und zu schützen.
 2. Ausnahmen hiervon dürfen nur aus landespflegerischen Gründen erfolgen, zum Beispiel Herausnahme kranker Bestände. Abgängige Bäume gemäß Nr. 12 Nr.1 der textlichen Festsetzungen sind mit geeigneten Laubbäumen (als Solitärbäume, Solitärstammbüsche, oder Hochstämme) mit einem Stammumfang von 18/20 cm nachzupflanzen.
12. Auf den gemäß § 9 (1) Nr. 25a BauGB festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Gehölzen **A 1** sind Solitärbäume (geeignete Arten sind z.B. Rotbuche oder Stieleiche, StU 16-18 cm) anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Der Unterwuchs ist als Schnithecke anzulegen und zu unterhalten. Geeignete Arten hierfür sind z.B. Rotbuche, Hainbuche oder Weißdorn. Zur Erschließung des angrenzenden Sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Gartenbaubetrieb“ ist die Anlage einer Zu-Abfahrt mit einer maximalen Breite von 6,5 m innerhalb Fläche A 1 zulässig

Örtliche Bauvorschriften

1. Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der örtlichen Bauvorschriften Nr. 2 und 3 ist identisch mit den im festgesetzten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 79 A festgesetzten allgemeinen Wohngebieten.

2. Dachform und Dachneigung

Hauptgebäude sind mit symmetrischen geneigten Dächern zu errichten. Die Dachneigung muss mindestens 25° und darf höchstens 50° betragen. Ausgenommen von dieser Vorschrift sind

- untergeordnete Gebäudeteile im Sinne des § 7b NBauO,
- Wintergärten,
- an der Traufseite eines Wohngebäudes errichtete Friesengiebel (Frontspieße) und Zwerggiebel mit einer Dachneigung vom maximal 68°, sofern deren Firsthöhe sich dem Hauptdach unterordnet und die Giebelbreite geringer als 50 % der Länge des Wohngebäudes ist,
- Dächer, die zu mehr als 80 % begrünt sind oder auf mehr als 30 % der Dachfläche mit Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien ausgestattet sind.

Pultdächer mit einer Mindestneigung von 25° sind zulässig.

3. Dachaufbauten/Dachausbauten

Dachaufbauten/Dachgauben können in mehrere gleiche Einheiten aufgeteilt werden. Ihre Gesamtlänge darf – gemessen an der breitesten Stelle - 50% der Trauflänge nicht überschreiten. Der Abstand zum seitlichen Dachrand muß mindestens 1,50 m betragen.

4. Oberirdische Freileitungen

Gemäß § 56 Nr. 4 NBauO sind im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes oberirdische Freileitungen (Niederspannungs- und Fernmeldeleitungen) nicht zulässig.

Hinweise

1. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, 26121 Oldenburg angezeigt oder der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.
2. Sollten bei geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen bzw. Altstandorte zutage treten, so ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.
3. Die Lage der Versorgungsleitungen ist den Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen.
4. Die Anforderungen an Bauteile zur Einhaltung des Lärmpegelbereiches II werden in den meisten Fällen bereits durch die Anforderungen an Bauteile aufgrund der Verordnung über einen energiesparenden Wärmeschutz bei Gebäuden (Wärmeschutzverordnung) in der z.Z. gültigen Fassung vom 2. September 1994 (BAnz. Nr. 166a S. 11) erfüllt.
5. Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, Ordnungsamt oder das Kampfmittelbeseitigungsdezernat direkt.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2006/051A

freigegeben am 26.04.2006

Stab

Sachbearbeiter/in: Kobbe, Ralf

Datum: 26.04.2006

Bebauungsplan Nr. 79 A - Südlich Schlosspark; Vergabe der Straßennamen

Beratungsfolge:Status

Ö

Datum

23.05.2006

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

Die Straßen für die Erschließung des Baugebietes Südlich Schlosspark erhalten die Namen Amalienstraße, Cäcilienring, Friederikenstraße und Am Vorwerk.

Sach- und Rechtslage:**Beschlussauszug****nicht öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 25.04.2006****Tagesordnungspunkt 8****Bebauungsplan Nr. 79A - Südlich Schlosspark; Vergabe der Straßennamen****Vorlage: 2006/051****Sitzungsverlauf:**

Bürgermeister Decker unterbreitet dem Gremium den Vorschlag, den in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen empfohlenen Straßennamen „Beim Vorwerk“ aus grammatikalischen Gründen zu verwerfen und stattdessen die Straße mit dem Namen „Am Vorwerk“ zu benennen.

Beschlussempfehlung:

Die Straßen für die Erschließung des Baugebietes Südlich Schlosspark erhalten die Namen Amalienstraße, Cäcilienring, Friederikenstraße und Am Vorwerk.

Abstimmungsergebnis:

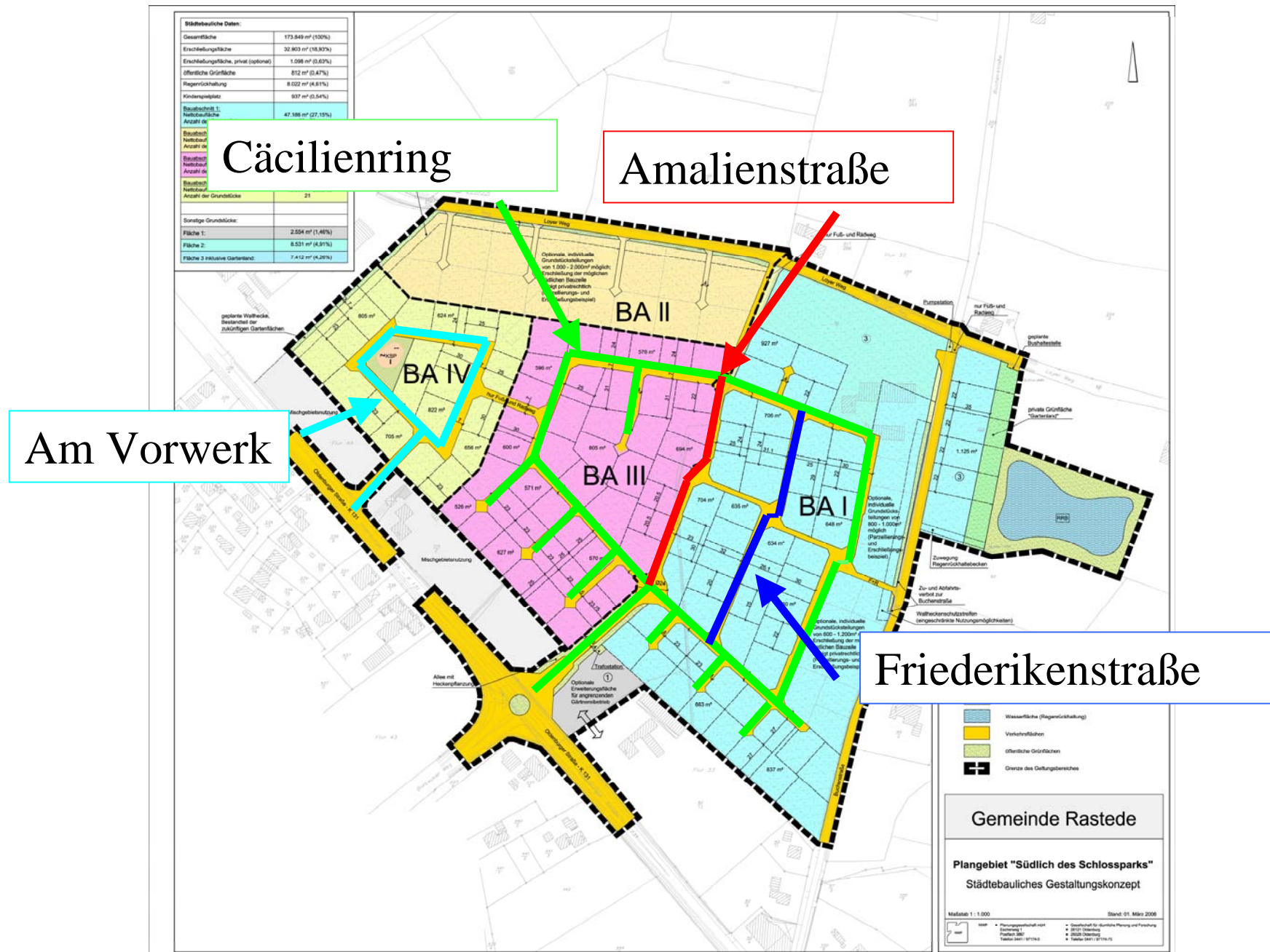
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Anlagen:

Lageplan



Mitteilungsvorlage**Vorlage-Nr.: 2006/028**

freigegeben am 09.02.2006

GB 1

Sachbearbeiter/in: Berger, Moritz

Datum: 09.02.2006**Haushalt 2005 - Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	07.03.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	23.05.2006	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss und der Rat nehmen Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben des gesamten Haushaltsjahres 2005 in Höhe von jeweils unter 5.000,00 Euro.

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage befinden sich die über- und außerplanmäßigen Ausgaben aus dem gesamten Haushaltsjahr 2005, welche die Zuständigkeitsgrenze von 5.000,00 Euro **nicht** erreicht haben (Zuständigkeit Bürgermeister). Gemäß Ratsbeschluss vom 19.09.2001 wird der Verwaltungsausschuss und der Rat hiermit im Rahmen der Arbeiten für die Jahresrechnung 2005 unterrichtet.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Haushaltsstellen im Haushaltsjahr (Minderausgaben oder Mehreinnahmen) vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen:

- keine -

Anlagen:

Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben aus dem Haushaltsjahr 2005 unter 5.000,00 Euro.

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben bis zum 31.12.2005

Budget		Datum	Glied.	Grupp.	Betrag	Begründung	Überpl. Ausgabe	Außerpl. Ausgabe
1101	Allgemeines Ordnungsrecht	29.12.2005	1100	414000	3.000,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005	x	
		11.08.2005	1100	651200	200,00 EUR	Aufgrund von Gesetzesänderungen wurden mehr Ergänzungslieferungen/ neue Gesetz-estexte benötigt. Die veranschlagten Mittel reichen nicht mehr aus. Die Deckung kann mit Mitteln aus "Gerichts- und ähnlichen Kosten" erfolgen, da diese voraussichtlich nicht im vollen Umfang benötigt werden.	x	
1102	Feuerwehr	27.10.2005	1300	540100	23,00 EUR	Die Mehrausgaben kommen durch Mehrverbräuche und Preissteigerungen zustande. Die bereits in 2004 angekündigten Erhöhungen der EWE wurden in den Haushaltsberatungen 2005 nicht berücksichtigt.	x	
		29.12.2005	1300	510100	900,00 EUR	Es sind Mehrkosten bei der Sanierung der Löschwasserpumpe Geestrandstraße entstanden (Laufrad verschlissen).	x	
1103	Standesamt	15.11.2005	0500	935000	942,00 EUR	Für die Beschaffung von neuem Mobiliar für Trauungen (Palais und Rathaus) wurden 4.500,- €eingeplant. Für einen neuen Tisch im Standesamt werden 1.227,28 €verwendet. Für das Palais werden fünf Stühle (Trauzeugen, Brautpaar und Standesbeamter) u. ein Tisch benötigt. Für die Maßnahme im Palais sind nicht mehr ausreichend Mittel vorhanden. Da es nicht sinnvoll ist die Anschaffungen über verschiedene HH-Jahre zu splitten, ist der noch benötigte Betrag i.H.v. 942,- €überplanmäßig zur Verfügung zu stellen	x	
1104	Märkte	03.11.2005	7300	591601	2.800,00 EUR	Aufgrund von Missverständnissen mit dem Bauhof wurde der Betrag für die Marktplatzreinigung nicht vollständig veranschlagt.	x	
		29.11.2005	7300	591601	3.305,09 EUR	Mehrausgaben aufgrund Fehlplanung.	x	
		15.12.2005	7300	591601	2.560,00 EUR	Mehrausgaben aufgrund Fehlplanung (Lt. Aussage des Ordnungsamtes wurde vom Bauhof ein falscher/ zu niedriger Betrag eingeplant/ genannt).	x	
2101	Allgemeine Schulangelegenheiten	27.07.2005	2140	672300	3.600,00 EUR	Gemäß VA-Beschluss vom 18.01.05 beteiligt sich die Gemeinde Rastede an den lfd. Schulkosten von fünf Schülern aus Rastede, welche die Astrid-Lindgren-Schule in Ede- wecht besuchen.		x
		23.02.2005	2920	562000	500,00 EUR	Ein für die Hausmeister, der Sporthalle Feldbreite und der KGS (Aula), notwendiges Seminar übersteigt den HH-Ansatz des Jahres 2005.	x	
		15.12.2005	2920	676000	1.000,00 EUR	Mit der Stadt Oldenburg wurde eine Einigung über die Zahlung von Erstattungen von Schulkosten erzielt. Für die Schüler des Abendgymnasiums sind noch 970,00 €an die Stadt Oldenburg zu zahlen. Die Mittel auf der Haushaltsstelle sind verbraucht.	x	
		21.04.2005	2920	950001	2.300,00 EUR	Auf Anordnung des LK Ammerland muss am Hirtenweg ein Schulbuswartehäuschen errichtet werden. Es wurden keine Mittel veranschlagt.		x
2102	GS Kleibrok	29.12.2005	2102	414000	2.900,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
		27.12.2005	2102	500000	2.000,00 EUR	Im Zuge der Renovierungsarbeiten in den Toilettenräumen fielen die Sanitärinstallationsarbeiten umfangreicher aus als ursprünglich angenommen wurde. Dies bezieht sich hauptsächlich auf die Stundenlohnarbeiten bei der Verlegung der Rohrleitungen für die einzelnen Spülkästen.	x	
		12.07.2005	2102	510000	300,00 EUR	Zur Reinhaltung des Schulhofes ist die Anschaffung von Verbotsschildern "Das Mitführen von Hunden auf dem Schulgelände ist nicht gestattet" notwendig. Seitens der Schulleitung wurde auf die angestiegene Verunreinigung des Schulgeländes durch Hunde und die damit verbundene Gesundheitsgefährdung der Kinder hingewiesen. Hierbei handelt es sich um nicht vorhersehbare Verhaltensänderungen von Anliegern und Hundebesitzern die nicht eingeplant waren	x	
		15.12.2005	2102	510001	701,00 EUR	Die veranschlagten HH-Mittel für die GS Kleibrok reichen nicht aus. Aufgrund der Witterungsverhältnisse und der daraus resultierenden Mehrarbeiten des Bauhofes bzgl. der Rasenmahn und der Laubbeseitigung übersteigen die Kosten den veranschlagten HH-Ansatz.	x	
		09.12.2005	2102	540100	610,00 EUR	Die veranschlagten Mittel reichen nicht für eine zusätzliche/ notwendige Glasreinigung aus.	x	

		16.08.2005	2102	940002	223,34 EUR	Bei der Baumaßnahme "Behindertenrampe" mussten Arbeiten durchgeführt werden, die bei Angebotseinholung nicht zu erkennen/ eingeplant waren (Altlastenentfernung).	x	
		21.04.2005	2920	641640	10,00 EUR	Aufgrund veränderter Schülerzahlen ist eine Verschiebung der HH-Mittel (Schülerunfallversicherung) notwendig.	x	
2103	GS Hahn-Lehmden	29.12.2005	2103	414000	2.300,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
		14.09.2005	2103	935001	150,00 EUR	Neuanschaffung einer Heckenschere. Die alte Heckenschere war nach einer Lebensdauer von elf Jahren nicht mehr zu reparieren. Mittel waren nicht eingeplant.		x
		09.11.2005	2103	940000	2.000,00 EUR	Das Grundschulgebäude Hahn-Lehmden wurde in den CAD-Bestand aufgenommen. Hierfür stehen nicht mehr ausreichende Mittel zur Verfügung. Eine Deckung kann durch Minderausgaben bei der GS Wahnbek (Hochbaumaßnahme; Sonnenschutz EG) erfolgen, da hier die Bauleistungen günstiger ausgefallen sind als geplant.	x	
2104	GS Wahnbek	14.04.2005	2920	641120	30,00 EUR	Aufgrund veränderter Schülerzahlen ist eine Verschiebung der HH-Mittel (Schülerunfallversicherung) notwendig.	x	
		29.12.2005	2104	414000	1.600,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
		27.10.2005	2104	540100	3.000,00 EUR	Die Mehrausgaben kommen durch Mehrverbräuche und Preissteigerungen zustande. Die bereits in 2004 angekündigten Erhöhungen der EWE wurden in den Haushaltsberatungen 2005 nicht berücksichtigt.	x	
		18.02.2005	2104	935400	300,00 EUR	Entsorgungskosten für ein Altspielgerät. Diese waren im Haushalt nicht mit eingeplant.		x
2105	GS Loy	20.10.2005	2105	510001	673,00 EUR	Infolge einer Sicherheitsinspektion sind div. Reparaturen an Spielgeräten erforderlich. Diese Mehrausgaben waren unvorhergesehen und nicht eingeplant.	x	
		15.12.2005	2105	510001	126,00 EUR	Aufgrund der Witterungsverhältnisse und der daraus resultierenden Mehrarbeiten des Bauhofes bzgl. der Rasenmähd und der Laubbeseitigung übersteigen die Kosten die veranschlagten HH-Mittel.	x	
		30.05.2005	2105	520100	161,00 EUR	Die Sicherheitsinspektion in der Turnhalle Loy hat schwerwiegende sofort zu reparierende Mängel an den Sportgeräten aufgewiesen. Die Kosten übersteigen den verfügbaren HH-Ansatz. Im Budget 2105 stehen keine Mittel mehr zur Verfügung. Die überplanmäßige Ausgabe kann durch Minderausgaben bei der Erg. und Unterhaltung der Sportgeräte in der Halle Hahn-Lehmden gedeckt werden.	x	
		30.11.2005	2105	540100	2.070,00 EUR	Durch eine Preiserhöhung der EWE und durch Mehrverbräuche stehen nicht mehr ausreichend Mittel zur Verfügung um die letzten beiden Abschläge zu zahlen.	x	
2106	GS Leuchtenburg	11.08.2005 bis 16.11.2005	2106	510001	1.078,00 EUR	Es sind durch folgende Maßnahmen höhere Ausgaben als veranschlagt entstanden: Vertretung des Hausmeisters und notwendige Baumfällarbeiten.	x	
		15.12.2005	2106	510001	73,00 EUR	Aufgrund der Witterungsverhältnisse und der daraus resultierenden Mehrarbeiten des Bauhofes im Bereich Rasenmähd und Laubbeseitigung übersteigen die Kosten die veranschlagten HH-Mittel.	x	
2107	GS Feldbreite	27.10.2005	2107	540100	1.200,00 EUR	Die Mehrausgaben kommen durch Mehrverbräuche und Preissteigerungen zustande. Die bereits in 2004 angekündigten Erhöhungen der EWE wurden in den Haushaltsberatungen 2005 nicht berücksichtigt.	x	
		12.04.2005	2920	641150	50,00 EUR	Aufgrund veränderter Schülerzahlen ist eine Verschiebung der HH-Mittel bei der Schülerunfallversicherung notwendig.	x	
		22.12.2005	2107	940001	3.000,00 EUR	Das Motorzeigertriebwerk der Turmuhr ist blockiert. Ersatzteile stehen nach 30 Jahren nur noch beschränkt zur Verfügung. Die Triebwerke müssen erneuert werden und mit OCF-Signal angesteuert werden. Mittel wurden nicht eingeplant.		x
2201	Schule für Lernhilfe	02.05.2005	2140	510001	3.238,28 EUR	Um die Gebäudesubstanz nicht zu gefährden, mussten alle Bäume die näher als vier Meter am Gebäude stehen entfernt werden. HH-Mittel waren für diese Maßnahme nicht eingeplant.	x	
		23.08.2005	2140	510001	480,00 EUR	Um die Gebäudesubstanz nicht zu gefährden, mussten alle Bäume die näher als vier Meter am Gebäude stehen entfernt werden. Die fehlenden HH-Mittel werden bei der Grundschule Wahnbek eingespart.	x	
		15.12.2005	2140	510001	211,00 EUR	Die veranschlagten HH-Mittel reichen aufgrund der Witterungsverhältnisse und der daraus resultierenden Mehrarbeiten des Bauhofes im Bereich der Rasenmähd und der Laubbeseitigung nicht aus.	x	

		27.10.2005	2140	540100	2.250,00 EUR	Die Mehrausgaben kommen durch Mehrverbräuche und Preissteigerungen zustande. Die bereits in 2004 angekündigten Erhöhungen der EWE wurden in den Haushaltsberatungen 2005 nicht berücksichtigt.	x	
2301	KGS	29.06.2005	2811	940000	4.000,00 EUR	Für die Sanierung/ Renovierung der naturwissenschaftlichen Räume im Schulgebäude Feldbreite musste die gesamte Elektromverteilung neu gebaut und vom Hausanschlussraum neu versorgt werden. Die hierfür entstandenen Mehrkosten beliefen sich auf rund 4000,- €	x	
2401	Jugendpflege	29.12.2005	4515	414000	1.200,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
2402	Jugendtreff Villa Hartmann	26.10.2005	4605	500011	86,00 EUR	Aufgrund der Krankheit vom Hausmeister des Jugendtreffs ist der Einsatz des Bauhofes bei der Unterhaltung der Außenanlagen erforderlich geworden. HH-Mittel waren nicht eingeplant.		x
2402	Jugendtreff Villa Hartmann	27.10.2005	4605	540100	500,00 EUR	Die Mehrausgaben kommen durch Mehrverbräuche und Preissteigerungen zustande. Die bereits in 2004 angekündigten Erhöhungen der EWE wurden in den Haushaltsberatungen 2005 nicht berücksichtigt.	x	
3101	Palais	27.01.2005	3660	540100	500,00 EUR	Erstattung eines Versicherungsbeitrages für "museales Sammelgut" des Archives an den KKR.	x	
3102	Archiv	30.12.2005	3210	400000	90,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
3103	Ausstellungen/ Veranstaltungen (Palais)	09.12.2005	3000	570000	180,00 EUR	Der KKR hat eine Aufstellung aller defizitären Veranstaltungen im Jahr 2005 eingereicht. Die eingeplanten HH-Mittel hierfür reichen nicht aus, da aufgrund der Budgeterhöhung die Haushaltsmittel bei den Veranstaltungen gekürzt worden sind. Durch Einsparungen im Bereich Umlage Kreismusikschule kann die Mehrausgabe gedeckt werden	x	
3200	Bücherei	29.12.2005	3520	414000	1.400,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
3300	Heimatspflege	23.12.2005	3660	718100	1.741,00 EUR	Erhöhung Zuschuss Oldenburger Landesturnier (Vorlage 2005/ 284). Aufgrund des Ausfalls des diesjährigen Grasbahnrennens konnte der Fehlbetrag bereits reduziert werden, die hier eingesparten Mittel reichen aber nicht komplett zur Deckung des erhöhten Zuschusses für das Landeturnier.	x	
		25.07.2005	7601	988000	2.800,00 EUR	In den Jahren 2003/ 2004 hat die FFW Südbäke einen Zuschuss für Pflasterarbeiten u. eine Behindertenrampe erhalten. Es wurden mehr Mittel ausgegeben als beantragt und bezuschusst.		x
4501	Kiga Mühlenstraße	02.05.2005	4640	510001	353,95 EUR	Beim Kindergarten Mühlenstraße hat der Bauhof eine abgängige Schaukel abgebaut und eine neue Schaukel montiert. Die veranschlagten Mittel reichen nicht aus.	x	
		30.11.2005	4640	510001	326,00 EUR	Höherer Aufwand als geplant infolge Beseitigung von Versackungen in der Zufahrt.	x	
		19.12.2005	4640	562000	706,00 EUR	Mehraufwand infolge einer 50 %igen Kostenbeteiligung am Montessori-Diplom-Kurs einer Mitarbeiterin.	x	
4503	Kiga Neusüdende	29.12.2005	4642	414000	4.300,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
		15.07.2005	4642	510001	317,00 EUR	Höherer Aufwand infolge Austausch eines Spielgerätes.	x	
		30.11.2005	4642	510001	319,00 EUR	Höherer Aufwand als geplant infolge von Reparaturen von Spielgeräten.	x	
		15.12.2005	4642	510001	45,00 EUR	Es wurden mehr Arbeiten durchgeführt als geplant (z.B. Reparaturen von Toren und Spielgeräten).	x	
		15.12.2005	4642	510001	914,00 EUR	Mehraufwand bei der Laubbeseitigung.	x	
		05.12.2005	4642	654000	508,00 EUR	Die eingeplanten Mittel bei den Reisekosten reichen nicht aus. Das hängt u.a. damit zusammen, dass seit dem 01.09.2005 das neue Bundesreisekostengesetz in Kraft getreten ist und infolge dessen eine höhere Wegstreckenentschädigung gezahlt werden muss (von 0,22 €/km auf 0,30 €/km). Zudem wurden erheblich mehr Dienstreisen getätigt als in den vergangenen Jahren	x	
		13.07.2005	4642	718600	80,00 EUR	Höhere Fahrtkosten infolge einer höheren Zahl zu transportierender Integrationskinder.	x	
		22.09.2005	4642	718600	378,78 EUR	Es werden mehr Integrationskinder zum Kindergarten Neusüdende per Taxi gefahren als eingeplant.	x	
4504	Kiga Loy	30.11.2005	4643	510001	270,00 EUR	Höherer Aufwand als geplant infolge Sandaustausch.	x	
		15.12.2005	4643	510001	230,00 EUR	Mehraufwand für Herstellung Lichtraumprofil.	x	
		06.09.2005	4643	718600	2.500,00 EUR	Höhere Fahrtkosten infolge einer höheren Zahl zu transportierender Integrationskinder.	x	
4505	Kiga Marienstraße	30.12.2005	4644	444000	1.100,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	

		01.11.2005	4644	510000	877,25 EUR	Auf dem Spielplatz des Kiga Marienstraße musste dringend ein Fallschutz unter dem Reck und der Schaukel eingebaut werden. Dort kam es vermehrt zu schweren Stürzen. Mittel waren nicht eingeplant.	x	
		04.03.2005	4644	510001	43,03 EUR	Beim Kindergarten Marienstraße war der Rückschnitt der Rotdornbäume dringend notwendig. Da der Bauhof hier sonst keine Unterhaltungsmaßnahmen bei den Außenanlagen durchführt, sind im Haushalt 2005 keine Mittel eingeplant worden.		x
		29.03.2005	4644	510001	115,00 EUR	Beim Kindergarten Marienstraße war eine Zaunreparatur dringend notwendig. Da der Bauhof hier sonst keine Leistungen durchführt, sind im Haushalt 2005 keine Mittel eingeplant worden.		x
		29.11.2005	4644	510001	86,00 EUR	Beim Kiga Marienstraße war eine Reparatur von Spielgeräten erforderlich. Da der Bauhof hier sonst keine Leistungen durchführt, sind im Haushalt 2005 keine Mittel eingeplant worden.		x
		26.04.2005	4644	718600	2.500,00 EUR	Höhere Aufwendungen infolge Betreuung eines Integrationskindes aus Wapeldorf. Der Betrag umfasst die voraussichtlichen Kosten bis Juli 2005.	x	
4507	Förderung von Kindertagesstätten	07.12.2005	4648	540100	440,00 EUR	Aufgrund von Preissteigerungen und Mehrverbräuchen sind nicht ausreichend Mittel vorhanden um die letzten beiden EWE-Abschläge zu zahlen.	x	
		23.12.2005	4648	718200	1.616,00 EUR	Mehrausgaben infolge eines langfristigen Vertretungsbearfes infolge Krankheitsausfall.	x	
		25.11.2005	4648	718400	3.000,00 EUR	Erhöhte Personalaufwendungen infolge streitigen Wechsels bei der Zweitkraft (sh. Vorlage 2005/ 058).	x	
4801	Einrichtungen für Wohnungslose	29.12.2005	4350	414000	1.100,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
4802	Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer	29.12.2005	4360	414000	1.400,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
		27.10.2005	4360	540300	570,00 EUR	Die Mehrausgaben kommen durch Mehrverbräuche und Preissteigerungen zustande. Die bereits in 2004 angekündigten Erhöhungen der EWE wurden in den Haushaltsberatungen 2005 nicht berücksichtigt.	x	
		27.12.2005	4360	679000	2.010,00 EUR	Innere Verrechnung lt. Aufstellung GB1 vom 16.12.05	x	
5101	Freibad Rastede	29.12.2005	5700	414000	3.700,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
		26.10.2005	5700	540200	3.000,00 EUR	Die Mehrausgaben kommen durch Mehrverbräuche und Preissteigerungen zustande. Die bereits in 2004 angekündigten Erhöhungen der EWE wurden in den Haushaltsberatungen 2005 nicht berücksichtigt.	x	
		27.10.2005	5700	540300	2.950,00 EUR	Die Mehrausgaben kommen durch Mehrverbräuche und Preissteigerungen zustande. Die bereits in 2004 angekündigten Erhöhungen der EWE wurden in den Haushaltsberatungen 2005 nicht berücksichtigt.	x	
5103	Hallenbad	27.10.2005	5720	591000	186,00 EUR	Die veranschlagten Mittel für die Kosten der Wasseraufbereitung reichen aufgrund von Preissteigerungen und geringen Mehrverbräuchen nicht aus.	x	
5200	Sportplätze	29.12.2005	5600	414000	580,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
		02.12.2005	5600	500000	2.204,00 EUR	Das Umkleidegebäude auf dem Rennplatz wurde mit Graffiti beschmiert. Da es sich um "Nazi-Parolen" handelt und eine Großveranstaltung (Schlittenhunderennen) bevorsteht ist die Beseitigung umgehend erforderlich. Haushaltsmittel hierfür waren nicht eingeplant. Da die Umlage für die Musikschule geringer ausgefallen ist als erwartet, können diese Restmittel zur Deckung der überplanmäßigen Ausgabe herangezogen werden	x	
		16.12.2005	5600	510001	4.572,00 EUR	Es wurden witterungsbedingt mehr Arbeiten notwendig als im Wirtschaftsplan vorgesehen (Rasenmähen und anschließende Aufnahme von Rasenmähd)	x	
		13.07.2005	5600	540100	1.398,00 EUR	Die Bewirtschaftungskosten (Wasser- und Bodenverbände) waren in dieser Höhe nicht eingeplant.	x	
5301	Sporthalle Kleibrok	29.12.2005	5651	414000	220,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
5302	Sporthalle Hahn-Lehmden	30.12.2005	5652	414000	200,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
5303	Sporthalle Wahnbek	29.12.2005	5653	414000	80,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
		22.07.2005	5600	540100	770,90 EUR	Es sind nicht mehr ausreichend Mittel vorhanden um eine Wasser-/ Abwasserrechnung zu begleichen. Die Mittel fehlen der Haushaltsstelle, da zuvor der FC Rastede eine Erstattung (f.d. Reinigen der Toiletten/ Duschen) i.H.v. 3.000,- € erhalten hat. Diese Mittel waren im Haushalt 2005 nicht mit eingeplant	x	

		27.10.2005	5653	540100	1.000,00 EUR	Die Mehrausgaben kommen durch Mehrverbräuche und Preissteigerungen zustande. Die bereits in 2004 angekündigten Erhöhungen der EWE wurden in den Haushaltsberatungen 2005 nicht berücksichtigt.	x	
		27.10.2005	5653	540100	3.000,00 EUR	Die Mehrausgaben kommen durch Mehrverbräuche und Preissteigerungen zustande. Die bereits in 2004 angekündigten Erhöhungen der EWE wurden in den Haushaltsberatungen 2005 nicht berücksichtigt.	x	
5305	Turnhalle Feldbreite	29.12.2005	5655	414000	450,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
5306	Mehrzweckhalle Feldbreite	29.12.2005	5656	414000	170,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
		15.12.2005	5656	500000	4.990,00 EUR	Es wurden unvorhersehbare Reparaturen im Bereich der Heizung/ Brandmeldeanlage erforderlich. Zudem mussten zwei Dachabläufer in den Duschen erneuert werden.		x
		29.06.2005	5656	540100	125,63 EUR	Die Bewirtschaftungskosten (Abgaben) waren in dieser Höhe nicht eingeplant.	x	
		19.07.2005	5656	500000	3.630,00 EUR	Der Kesselfoleregler der Heizung muss erneuert werden. Der alte Regler aus dem Jahre 1976 ist nicht mehr zu reparieren. Diese Mehrausgabe war unvorhersehbar.	x	
		19.07.2005	5656	500000	1.230,00 EUR	Anschaffung von Einzelschlüsseln (für GHS-Zylinder) für den Eingang der Sporthalle, damit Lehrer und Vereine die kleine Sporthalle und die EDV-Räume separat nutzen können (Sicherungsmaßnahme wegen der versuchten Brandstiftungen!). Die Maßnahme war unvorhersehbar.	x	
		28.06.2005	5656	940003	2.270,00 EUR	Wegen der wiederholten Brandstiftungsversuche im Bereich der Sporthalle Feldbreite wird auf Wunsch des Bürgermeisters eine Überwachungskamera im Foyer der Sporthalle installiert. Hierdurch sollen weitere Brandstiftungsversuche verhindert bzw. aufgeklärt werden.		x
5400	Sportförderung	29.12.2005	5500	414000	400,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
		21.10.2005 bis 13.12.2005	5500	718300	4.650,00 EUR	Die Kosten des Bauhofes für erbrachte Leistungen im Rahmen der Sportförderung sind höher ausgefallen als erwartet. Es sind zusätzliche nicht eingeplante Leistungen erforderlich geworden, wie z.B. Rasenmahdarbeiten beim Reit- und Fahrverein Bekhausen bzw. den Schützenvereinen, Reparaturen/ Transport von Toren, Aufstellung von Rugbytoren auf dem Rennplatz.	x	
6101	Straßen	13.07.2005	6300	540100	583,00 EUR	Die Bewirtschaftungskosten (Wasser- und Bodenverbände) waren in dieser Höhe nicht eingeplant.	x	
		08.11.2005	6300	950000	3.076,14 EUR	Durch Mehrarbeiten ist die Maßnahme "Deckensanierung" teurer geworden als veranschlagt (mehr Flächen als kalkuliert)	x	
		29.11.2005	6310	950018	1.700,00 EUR	Es müssen HH-Mittel bei der Haushaltsstelle BBPl.-Nr. 62 Hahn nördl. Meenheitsweg bereitgestellt werden, da beim Endausbau des Wohngebietes Mehrkosten angefallen sind. Die Mehrkosten sind angefallen, da die Herstellung des Stichweges zum RHB ursprünglich nicht geplant gewesen ist.	x	
		30.08.2005	6310	950055	4.100,00 EUR	Die Kosten innerhalb der Maßnahme (SWK, RWK, Straße) haben sich anders aufgeteilt als nach Kostenkalkulation erwartet.	x	
6102	Straßenreinigung	29.12.2005	6750	414000	110,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005	x	
6201	Park- und Gartenanlagen	13.12.2005	5800	987000	2.800,00 EUR	Der VA hat am 13.09.2005 die "Beleuchtung Hirschtor" beschlossen. Eine Deckung kann durch nicht beanspruchte Mittel bei der Maßnahme "Ausbau Alter Lehmder Weg" erfolgen.	x	
6202	Plätze	21.03.2005	6301	540100	121,42 EUR	Durch einen höheren Wasserverbrauch (464 m³, im Vorjahr 312 m³) reichen die eingeplanten Mittel für die Zahlung der angepassten Abschläge nicht aus.	x	
		29.06.2005	6301	540100	64,00 EUR	Die Bewirtschaftungskosten (Gas) waren in dieser Höhe nicht eingeplant.		
6203	Kinderspielplätze	22.12.2005	4600	510001	2.474,00 EUR	Bei den Kinderspielplätzen mussten mehr Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden als geplant. Zudem wurden witterungsbedingt mehr Pflegegänge notwendig.	x	
7100	Schmutzwasser	22.12.2005	7000	680000	12,00 EUR	Die Minderausgaben der HHSt. 4350.6800 decken die Mehrausgaben der HHSt. 7000. 6800. (Kalk. Abschreibungen)	x	
		22.12.2005	7000	685000	654,00 EUR	Die Minderausgaben der HHSt. 4350.6850 decken die Mehrausgaben der HHSt. 7000. 6850. (Verzinsung Anlagekapital)	x	
7200	Regenwasser	29.12.2005	7100	414000	780,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
8100	Personal	30.12.2005	0201	414000	100,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	

		21.12.2005	0201	651200	137,00 EUR	Durch vermehrte Ergänzungslieferungen aufgrund des neuen Tarifvertrages (TVöD) reichen die Mittel nicht aus.	x	
		04.10.2005	0201	562000	94,00 EUR	Infolge eines weiteren Mitarbeiters im Personalbereich und zusätzlichen Seminaren (TvöD) reichen die HH-Mittel bei "Aus- und Fortbildung -Personal-" nicht aus.	x	
		14.11.2005	0201	562000	115,00 EUR	Mehraufwand im Bereich "Aus- und Fortbildung -Personal-" infolge eines weiteren Personalsachbearbeiters (zwecks Einarbeitung vor Beginn des Mutterschutzes einer Mitarbeiterin). Das war in der Planungsphase nicht vorhersehbar.	x	
		19.12.2005	0201	562000	115,00 EUR	Aufgrund des neuen Tarifrechtes besteht ein erhöhter Bedarf an Aus- und Fortbildung	x	
8300	Bauwesen	24.10.2005	6000	654000	1.796,00 EUR	Aufgrund vermehrter Dienstreisen (= Abrechnung der Fahrtenbücher) im Gb 3 reichen die eingeplanten Mittel nicht aus. Der eingeplante Ansatz i.H.v. 6.000,- € ist erschöpft.	x	
8400	Planung	21.12.2005	6100	630100	2.552,00 EUR	Die Telefonumfrage zum Einzelhandelskonzept ist ausgeweitet worden. Die Mittel der Ortsplanung reichen aufgrund anderweitiger Planungen nicht aus.	x	
8500	Liegenschaften	29.12.2005	8800	414000	1.430,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005.	x	
		13.09.2005	8800	540100	2.500,00 EUR	Die Grundabgaben für den Bereich BBPl. 75 B - Göhlen waren im HH 2005 nicht mit eingeplant.	x	
		05.10.2005	8800	540100	2.000,00 EUR	Es werden zusätzliche Mittel bei den Bewirtschaftungskosten (EWE) benötigt. Die Mehrverbräuche und Abschlagserhöhungen waren im HH 2005 nicht mit eingeplant.	x	
		09.12.2005	8800	540100	126,00 EUR	Erhöhte Landwirtschaftskammerbeiträge (236,97 €) im HH-Jahr 2005.	x	
		27.12.2005	8800	653000	650,00 EUR	Die Kosten für die Anzeigen in der Nordwest Zeitung (Vermietung von Wohnungen und Verkauf eines Grundstückes) waren im HH-Jahr 2005 nicht mit eingeplant.		x
		22.12.2005	8800	679000	1.553,00 EUR	Innere Verrechnung lt. Aufstellung GB 1 vom 16.12.2005.		
8600	Bauhof	29.12.2005	7710	414000	40,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005	x	
		29.12.2005	7720	414000	560,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2006	x	
8700	Kommunalmarketing	31.10.2005	0202	562000	319,00 EUR	Erhöhte Aus- und Fortbildungskosten in der Stabstelle.	x	
		15.02.2005	0202	655000	650,00 EUR	Die Kosten für die rechtliche u. steuerliche Beratung (Residenzort GmbH) der Treuhand Oldenburg sind höher ausgefallen als veranschlagt.	x	
		23.09.2005	7900	580000	3.500,00 EUR	Abwicklung der Beschilderung für Gewerbegebietsentwicklung. Kosten waren zum Zeitpunkt der Aufstellung nicht vorhersehbar. Die Beschilderung bezieht sich vor allem auf das neue Baugebiet Brombeerweg, sowie die abschließende Beschilderung im Bereich Gewerbegebiet Autobahnkreuz OL-Nord.	x	
		23.09.2005	7900	717000	1.500,00 EUR	Bezuschussung der Werbemaßnahmen Kögel-Willms-Platz. Hier: Bühnentechnik u. Beschallung für Veranstaltung am verkaufsoffenen Sonntag (16.10.2005). Zum Zeitpunkt der Aufstellung des HH-Planes 2005 war die Durchführung dieser Veranstaltung nicht erkennbar. Die Mittelverschiebung ist erforderlich, um den Wirtschaftsplan der Residenzort Rastede GmbH einhalten zu können	x	
		05.10.2005	7900	717000	765,68 EUR	Infolge von Vandalismus wurde zwecks Überwachung eine Kamera auf dem Richterturm installiert.	x	
8800	Organisation	17.11.2005	0200	500000	1.500,00 EUR	Für die Malerarbeiten im Vorzimmer und im Büro des Bürgermeisters sowie für die Wartung der Fluchtwegschiebetür stehen nicht mehr ausreichend Mittel zur Verfügung. Für diese Maßnahme waren ursprünglich keine Mittel eingeplant.	x	
		09.12.2005	0200	510001	3.800,00 EUR	Die Totholzentfernung in den Baumbeständen um das Rathaus herum ist nicht veranschlagt. Weil die Maßnahme aber erforderlich und auch für das nächste Jahr nicht veranschlagt ist, müssen und können die HH-Mittel noch in diesem Jahr bereitgestellt werden.	x	
		30.05.2005	0200	520000	500,00 EUR	Es werden verschiedene Anschaffungen dringend benötigt, die nicht im Ansatz eingeplant werden konnten (Neuanschaffung von defekten Geräten, z.B. Handys, einen Stromgenerator, ein Mischpult für eine Mikrofonanlage). Die Deckung kann durch die nicht beanspruchten Mittel der Gleichstellungsbeauftragten erfolgen	x	

		30.05.2005	0200	520000	400,00 EUR	Die für die Rathausgestaltung benötigten Anschaffungen sind zum Teil niedriger im Preis ausgefallen als geplant und können deshalb nicht aus dem VM-HH bezahlt werden (z.B. Bilder + Rahmen bzw. Info-Ständer). Im VW-HH sind nicht ausreichend Mittel vorhanden. Eine Deckung kann durch die nicht benötigten Mittel der Gleichstellungsbeauftragten erfolgen.	x	
		17.11.2005	0200	540100	500,00 EUR	Für die Pflege von Pflanzen im Rathaus stehen nicht mehr ausreichend Mittel zur Verfügung. Der Ansatz bei den Bewirtschaftungskosten reicht nicht mehr aus, da es zu Mehrverbräuchen und Abschlags-erhöhungen bei der EWE gekommen ist.	x	
		08.11.2005	0200	650100	1.360,00 EUR	Aufgrund eines erhöhten Bedarfs an Passvordrucken reichen die HH-Mittel nicht mehr aus. Eine Deckung kann durch Minderausgaben bei den "Druckkosten für Personalausweise" erfolgen.	x	
		16.11.2005	0200	650100	1.000,00 EUR	Aufgrund eines erhöhten Bedarfs an Büromaterial (u.a. organ. Umstellungen im Sozialamt) reichen die veranschlagten Mittel nicht aus. Eine Deckung kann durch eingesparte Mittel bei der HHSt. "Öffentliche Bekanntmachungen" erfolgen.	x	
		30.11.2005	0200	650100	166,92 EUR	Wegen Platzmangel wurden vom Boden drei Schränke in das Zimmer 013 (Ordnungsamt) transportiert und die alten Schränke aus Zimmer 013 auf den Boden. Da die Arbeiten unvorhersehbar waren, wurden bei der HH-Planung keine Mittel veranschlagt.	x	
		29.12.2005	0200	679000	2.991,00 EUR	Innere Verrechnung lt. Aufstellung GB1 vom 16.12.05	x	
		14.04.2005	0200	935000	614,00 EUR	Für Digitalisierungsarbeiten durch einen Praktikanten ist die Neuanschaffung eines PC notwendig. Eine Deckung ist vorhanden, da durch die geänderte Planung des Hans-Hoffenke-Ringes ca. 10 m weniger Straßenfläche benötigt wird.	x	
		17.11.2005	0200	935000	885,00 EUR	Beschaffung eines zusätzlichen PC und Monitors für den Fallmanager LK im Sozialamt. Dieser war im HH nicht mit eingeplant.	x	
		15.09.2005	0520	575000	500,00 EUR	Kosten für Bundestagswahl am 18.09.2005.	x	
		29.12.2005	0520	414000	215,00 EUR	Prozentuale Kürzung der Mittelanmeldungen für 2005	x	

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2006/052

freigegeben am 15.03.2006

GB 2

Sachbearbeiter/in: Meike von Häfen

Datum: 14.03.2006

Berufung von Feuerwehrkräften in das Ehrenbeamtenverhältnis

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	25.04.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	23.05.2006	Rat

Beschlussvorschlag:

- Herr Erwin zum Buttel wird erneut für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als Gemeindebrandmeister berufen.
- Herr Frank Carstens wird mit sofortiger Wirkung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Ipwege-Wahnbek entlassen.
- Herr Manfred Pätzold wird mit sofortiger Wirkung für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Ipwege-Wahnbek berufen.
- Herr Hermann Folte wird erneut für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Einheit Neusüdende berufen.
- Herr Heiko Meilahn wird erneut für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Neusüdende berufen.
- Herr Fritz Krieger wird erneut für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Einheit Ipwegermoor berufen.
- Herr Jens Meyer wird erneut für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Ipwegermoor berufen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 13 Absatz 2 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes werden die Gemeinde- und Ortsbrandmeister sowie die stellvertretenden Gemeinde- und Ortsbrandmeister für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen. Über ihre Ernennung beschließt der Rat der Gemeinde nach Anhörung des Kreisbrandmeisters auf Vorschlag der Freiwilligen Feuerwehr.

Die Amtszeit des Gemeindebrandmeisters Erwin zum Buttel endet am 27.04.2006. In der Dienstbesprechung am 07.03.2006 hat sich die Mehrheit der Ortsbrandmeister und Stellvertreter für eine erneute Ernennung des Gemeindebrandmeisters ausgesprochen.

Der Kreisbrandmeister hat diesem Vorschlag zugestimmt.

Es wird daher vorgeschlagen, Herrn Erwin zum Buttel erneut in das Ehrenbeamtenverhältnis als Gemeindebrandmeister für die Dauer von sechs Jahren zu berufen.

Herr Frank Carstens, stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Ipwege-Wahnbek, hat in der Jahreshauptversammlung am 19.01.2006 aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt erklärt. Als Nachfolger wurde Herr Manfred Pätzold gewählt. Dieser erfüllt die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen für die Übernahme des Amtes.

Es wird vorgeschlagen, Herrn Frank Carstens mit sofortiger Wirkung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Ipwege-Wahnbek zu entlassen sowie Herrn Manfred Pätzold mit sofortiger Wirkung in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Ipwege-Wahnbek zu berufen.

Der bisherige Ortsbrandmeister der Einheit Neusüdende, Herr Hermann Folte sowie sein Stellvertreter, Herr Heiko Meilahn, wurden in der Jahreshauptversammlung der Wehr am 24.02.2006 wiedergewählt. Beide Amtszeiten enden am 07.05.2006, sie sind daher erneut in das Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister bzw. stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Neusüdende zu berufen.

Ebenfalls wiedergewählt wurden auf der Jahreshauptversammlung der Einheit Ipwegermoor am 03.03.2006 der bisherige Ortsbrandmeister Fritz Krieger sowie sein Stellvertreter Jens Meyer.

Hier enden beide Amtszeiten am 26.04.2006, auch sie sind erneut in das Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister bzw. stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Ipwegermoor zu berufen.

Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2006/087**

freigegeben am 04.05.2006

GB 2

Sachbearbeiter/in: Bunjes, Ilona

Datum: 04.05.2006**Erlass einer Verordnung über die Freigabe eines verkaufsoffenen Sonntags nach dem Ladenschlussgesetz****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	09.05.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	23.05.2006	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Verordnung der Gemeinde Rastede über die Freigabe eines (weiteren) verkaufsoffenen Sonntags am 25.06.06 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Handels- und Gewerbeverein hat beantragt, aus Anlass der Veranstaltung „Klassische Automobile im Park“ am 25.06.2006 einen verkaufsoffenen Sonntag zuzulassen und diesbezüglich in der Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr die Ladenschlusszeiten aufzuheben.

Bereits mit Verordnung vom 21.02.2006 wurden aus Anlass des Rasteder Frühjahrsmarktes am 09.04.2006, des Weinfestes am 20.08.2006 und des Herbstmarktes am 15.10.2006 verkaufsoffene Sonntage freigegeben.

Gem. § 14 Abs. 1 des Ladenschlussgesetzes kann die Gemeinde Rastede als zuständige Behörde aus Anlass von Messen, Märkten und ähnlichen Veranstaltungen jährlich höchstens vier Sonn- und Feiertage für den Geschäftsverkehr freigegeben.

Die Öffnungszeit der Verkaufsstellen darf dabei jedoch fünf zusammenhängende Stunden nicht überschreiten und muss spätestens um 18.00 Uhr enden. Ferner muss sie außerhalb der Hauptgottesdienstzeiten liegen.

Vor Erlass einer Rechtsverordnung sind im Interesse einer sachgemäßen und einheitlichen Handhabung insbesondere der Einzelhandelsverband, die Gewerkschaft, die in Frage kommende Kammer, sowie die Kirchengemeinden rechtzeitig zu hören. Die Stellungnahmen dieser Institutionen sind jedoch nicht bindend, die Entscheidung über den Erlass einer derartigen Verordnung obliegt letztendlich der Gemeinde.

Die Industrie- und Handelskammer, der Oldenburgische Einzelhandelsverband, die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft, die Ev. lutherische Kirchengemeinde Rastede und die kath. Kirchengemeinde St. Marien wurden um Stellungnahme gebeten.

Finanzielle Auswirkungen:

Es ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen

Anlagen:

Anlage 1 – Verordnung über die Freigabe eines verkaufsoffenen Sonntags.

- Logo -

**Gemeinde Rastede
Der Bürgermeister
Geschäftsbereich 2**

Verordnung

der Gemeinde Rastede über die Freigabe eines verkaufsoffenen Sonntags nach dem Ladenschlussgesetz.

Gem. § 14 (1) des Gesetzes über den Ladenschluss vom 28.11.1956 (BGBl. I S. 875) in der Neubekanntmachung vom 02.06.2003 (BGBl. I S. 744), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.07.2005 (BGBl. I S. 1954) i.V.m. § 1 Absatz 1 und der lfd. Nr. 4.4 der Anlage zur Verordnung über die Zuständigkeiten auf den Gebieten des Arbeitsschutz-, Immissionsschutz-, Sprengstoff-, Gentechnik- und Strahlenschutzrechts vom 18.11.2004 (Nds. GVBl. S. 464) geändert durch Verordnung vom 05.01.2006 (Nds. GVBl. S. 2) sowie in Verbindung mit § 40 (1) der Nds. Gemeindeordnung in der Fassung vom 22.08.1996 (Nds. GVBl. S. 382) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.11.2005 (Nds. GVBl. S. 352), hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am 23.05.2006 folgende Rechtsverordnung beschlossen:

§ 1

Aus Anlass der Veranstaltung „Klassische Automobile im Park“ am 25.06.2006 dürfen die Verkaufsstellen im gesamten Rasterder Gemeindegebiet an diesem Sonntag in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr unter Befreiung von den Vorschriften des § 3 des Gesetzes über den Ladenschluss für den geschäftlichen Verkehr mit Kunden geöffnet sein.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Rastede, den 23.05.2006

**Decker
-Bürgermeister-**